

Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Ostmitteleuropa

Wettig, Gerhard (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wettig, G. (Hrsg.). (1995). *Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Ostmitteleuropa* (Sonderveröffentlichung / BIOst, Mai 1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44286>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon	0221/5747-0,	Telefax	0221/5747-110
---------	--------------	---------	---------------

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Hinweise zur Person der Autoren.....	3
Kurzfassung	
.....	
4	
Einführung	
.....	
7	
Baltische Staaten	
.....	
8	
Polen 14	
Slowakei	
.....	
20	
Slowenien	
.....	
25	
Tschechien	
.....	
31	
Ungarn	
.....	
37	
Summary	
.....	
45	

Hinweise zur Person der Autoren

Dieter Bingen:

Wissenschaftlicher Referent am BIOst

Gustav E. Gustenau:

Referatsleiter für Konfliktforschung und Kriegstheorie am Institut für Strategische Forschung der Landesverteidigungsakademie in Wien

Stanislav J. Kirschbaum:

Professor für internationale Politik und Leiter des International Studies Programme am Glendon College der York University Toronto (Kanada)

Peer H. Lange:

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen

Jan Pauer:

Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen

István Szönyi:

Universität Budapest, zur Zeit der Abfassung der Studie Forschungsaufenthalt bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen

Gerhard Wettig:

Leiter des Forschungsbereichs Außen- und Sicherheitspolitik am BIOst

Gerhard Wettig (Hrsg.)

Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Ostmitteleuropa

Sonderveröffentlichung des BIOst 1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Die vorliegende Sonderveröffentlichung befaßt sich mit den Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Ostmitteleuropa, d.h. in dem Staatengürtel zwischen Estland im Norden und Ungarn sowie Slowenien im Süden. Über die südosteuropäischen Länder - und später auch über die drei ostslawischen Staaten - wird eine analoge Studie erscheinen. Es wird ein Sicherheitsbegriff zugrunde gelegt, der über das Militärische hinausgeht und daher auch allgemein-politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische und ähnliche Gesichtspunkte berücksichtigt. Als wichtige Perzeptionsträger werden dabei nicht nur die Führung des jeweiligen Landes, sondern auch andere politischen Kräfte angesehen, soweit sie über politischen Einfluß verfügen. Die Darstellung gliedert sich in alphabetisch angeordnete Länderstudien, die von jeweiligen Spezialisten geschrieben wurden.

Ergebnisse

1. Die Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen weisen in den Ländern der ostmitteleuropäischen Region ein hohes Maß an Gemeinsamkeit auf. Überall erscheint eine enge Verbindung mit der westlichen Staatengruppe - vor allem in Form der Mitgliedschaft in NATO und EU - als grundlegende Voraussetzung der innen- wie außenpolitischen Stabilisierung. In allen Staaten außer Slowenien gilt den Ungewißheiten der weiteren Entwicklung Rußlands eine gespannte und vielfach sorgenvolle Aufmerksamkeit.
2. In ganz Ostmitteleuropa fällt ein hohes Maß an Konsens über die nationale Sicherheit unter den verschiedenen Gruppen des jeweiligen Landes auf. Das ermöglicht eine entsprechende Kontinuität auch in den Ländern, in denen die Kräfte des antikommunistischen Umbruchs die Macht an nachkommunistische oder populistische Parteien abgeben mußten, wie dies in Litauen, Polen und Ungarn bzw. in der Slowakei der Fall war.
3. Die exponierteste geopolitische Position in Ostmitteleuropa haben die baltischen Staaten inne. Ihr Territorium läßt sich - zumindest aus eigener Kraft - nicht militärisch verteidigen, und die Bereitschaft Rußlands zum dauernden Verzicht auf die früheren Ostseeprovinzen des Zarenreiches erscheint den Esten, Letten und Litauern weithin zweifelhaft.
4. Die beiden nördlichen Länder des Baltikums sehen ihre Sicherheit weiterhin gefährdet durch bedrohlich große russische Minderheiten, deren Integrationsbereitschaft als fraglich gilt. Als zusätzliche Bedrohung wird gewertet, daß Rußland sich zum Anwalt dieser Minderheiten macht

und damit faktisch ein Recht auf Einmischung in innere Angelegenheiten geltend macht.

5. Die russische Exklave Kaliningrad/Königsberg erscheint Litauern wie Polen als schwerwiegende Hypothek für ihre Sicherheit. In der Sicht beider Länder handelt es sich um eine geostrategisch bedrohliche militärische Position, zumal sich in dem Gebiet die Konzentration der russischen Streitkräfte während der letzten Zeit erhöht hat. Für Litauen kommt noch das Problem hinzu, daß man russischen Forderungen bezüglich noch weitergehender Rechte des militärischen Transits ausgesetzt ist.
6. Vor allem in Warschau ist man sich der besonderen Bedeutung bewußt, die der Entstehung vor allem des ukrainischen Staates nach dem Zusammenbruch der UdSSR für Ostmitteleuropa zukommt. Die Region erhält dadurch im Osten ein Vorfeld, das die Tiefe des Raumes und die Ressourcenbasis bedeutend erweitert. Es besteht allerdings die Sorge, daß nach Belarus auch die Ukraine wieder unter die Kontrolle Moskaus geraten könnte. Gleichwohl sah sich Polen seinerzeit außerstande, auf einen Kiewer Vorschlag zur Schaffung einer vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee reichenden politischen Achse einzugehen.
7. Tschechien sieht sich durch die Sezession der Slowakei überwiegend in eine günstigere Lage versetzt. Zwar hat das Bevölkerungs- und Territorialgewicht des Staates abgenommen, doch ist man damit zugleich eine exponierte Position in der Berührungszone mit polnischen, ungarischen und ukrainischen Gebieten sowie ein ökonomisch problematisches Industrieviertel losgeworden. In Prag glaubt man nunmehr, die weitaus besten Voraussetzungen in der gesamten Region für die Aufnahme in NATO und EU zu besitzen. Diesen Vorteil will man nutzen, ohne sich durch Rücksichten auf andere ostmitteleuropäische Staaten hemmen zu lassen.
8. Die Slowakei ist mehr als andere Staaten der Region bemüht, die angestrebte NATO- und EU-Mitgliedschaft durch ein betont gutes Verhältnis zu Rußland zu ergänzen. Weniger stark ausgeprägt ist der Wille der nach einer Unterbrechung ins Amt zurückgekehrten Regierung Mečiar, die durch die Existenz einer großen ungarischen Minderheit im Süden des Landes strapazierten Beziehungen zu Ungarn zu verbessern. Unter den Regierungen Antall und Boross konzentrierte Ungarn seine Hoffnungen darauf, rasch eine enge und feste Verbindung zum Westen zu gewinnen und von daher in eine gute Position zur Regelung der Minderheitenprobleme der Landsleute in den Nachbarländern zu kommen. Nach der Amtsübernahme Horns hat Ungarn in stärkerem Maße als zuvor damit begonnen, bilaterale Verhandlungslösungen zu suchen. Dabei ergaben sich jedoch auf seiten der Partner erhebliche Schwierigkeiten.
9. Sowohl Ungarn als auch in noch höherem Maße Slowenien sehen sich unmittelbar mit Problemen, Risiken und Ungewißheiten konfrontiert, die mit den serbischen Aggressionsbestrebungen im früheren Jugoslawien zusammenhängen. Sie versuchen mit dieser Lage durch eine Strategie des Sich-Heraushaltens fertig zu werden.
10. In Ljubljana glaubt man, aufgrund relativer politischer Stabilität und bescheidener wirtschaftlicher Prosperität ein ebensolches Recht zumindest auf eine EU-Mitgliedschaft zu besitzen wie andere ostmitteleuropäische Staaten. Nachdem jedoch ein Versuch des inzwischen abgetretenen Außenministers Peterle zu einer Bereinigung von Streitfragen mit Italien am Widerstand des

slowenischen Parlaments gescheitert ist, muß man mit Schwierigkeiten von seiten Roms rechnen.

Einführung

von Gerhard Wettig

Ostmitteleuropa kann als einheitliche Region aufgrund der Tatsache gelten, daß alle dortigen Länder - die baltischen Staaten, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien - bis zum Ersten Weltkrieg Bestandteile fremder Imperien waren und erst danach ihre Unabhängigkeit gewannen. Wenn man von dem Sonderfall Slowenien absieht, das als scheinbar gleichberechtigtes Glied in das "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen", das spätere Jugoslawien, eingegliedert wurde, gewannen alle ostmitteleuropäischen Länder ihre staatliche Selbständigkeit als Folge der Niederlage Rußlands, Deutschlands und Österreich-Ungarns im Ersten Weltkrieg. Solange das Deutsche Reich und die - aus dem Zarenreich wiedererstandene - Sowjetunion geschwächt waren, konnten sie einigermaßen unangefochten existieren. Das änderte sich, als beide Seiten wieder als Großmächte hervortraten und den Weg der imperialen Expansion beschritten. Die ostmitteleuropäische Region wurde zunächst zwischen Deutschland und der UdSSR aufgeteilt und fiel danach zuerst deutscher und dann sowjetischer Eroberung anheim. Als weiteres verbindendes Merkmal der ostmitteleuropäischen Länder kann ihre gemeinsame Zugehörigkeit zum westlichen Kulturkreis Europas gelten, während die Prägung weiter östlich von Konstantinopel her erfolgt ist.

Die Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen Ostmitteleuropas werden entscheidend durch das geschichtliche Schicksal in diesem Jahrhundert bestimmt. Man ist sich der unsicheren Lage zwischen Deutschland und Rußland bewußt, die beide als potentiell bedrohlich erscheinen, auch wenn sich gegenwärtig keine konkrete Gefahr für die nationale Sicherheit abzeichnet. Im Falle Deutschlands erscheint dessen Integration in die westliche Staatengemeinschaft, vor allem in NATO und EU, als Gewähr gegen ein Wiederaufleben imperialer Tendenzen. Aus diesem Grund haben vor allem Polen und die damalige Tschechoslowakei Anfang 1990, als sie noch Mitglieder des Warschauer Pakts waren, auf der Zugehörigkeit des vor der Vereinigung stehenden Deutschland zum atlantischen Bündnis bestanden. Auch Ungarn stellte sich damals auf diesen Standpunkt, wobei es ihm wesentlich auf die unmittelbare geographische Brücke zur NATO ankam. Die andere grundsätzliche Sorge gilt Moskau. Dieses ist zwar nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums weder willens noch imstande, Ostmitteleuropa erneut seiner Botmäßigkeit zu unterwerfen. Aber man ist sich in den Hauptstädten der Region nicht sicher, ob dies von Dauer sein wird, zumal sich in Gesellschaft und Politik Rußlands neoimperiale Tendenzen abzeichnen.

Das Gefühl der latenten Bedrohung liegt den Ostmitteleuropäern die Folgerung nahe, Sicherheit auf Dauer nicht allein durch eigene Kraft gewinnen zu können. Dieser Schluß wird durch die in diesem Jahrhundert gemachte Erfahrung bekräftigt, daß die Länder der Region gegen imperiale Herausforderungen keineswegs zusammenhielten. Ein wesentlicher Grund hierfür war die 1919 getroffene Unterscheidung in Sieger und Besiegte, wobei den zur ersten Kategorie gehörenden Ländern große Gewinne auf Kosten der als Verlierer eingestuften Staaten zufließen. Die - in der Zwischenkriegszeit akuten und derzeit latenten - Spannungen zwischen Ungarn und seinen Nachbarn Slowakei, Rumänien und Jugoslawien sind von dieser Erbschaft bestimmt. Aber auch die sowohl 1919 als auch 1945 zur siegreichen Kriegskoalition gezählten Staaten Polen und Tschechoslowakei

waren durchaus nicht solidarisch miteinander verbunden, wie sich 1938 zeigte. Vor diesem Hintergrund erscheint es hilfreich, zu einer größeren Sicherheitsgemeinschaft mit einem Schwerpunkt außerhalb der Region zu gehören - und das kann nach Lage der Dinge nur die NATO sein. Diese erscheint darüber hinaus geeignet, jenen Import von Sicherheit zu gewährleisten, dessen Ostmitteleuropa zur Festigung seiner labilen Sicherheitslage bedarf.

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums 1989-91, der den ostmitteleuropäischen Ländern die Rückkehr zu Unabhängigkeit erlaubte, leitete nicht nur einen Regimewechsel, sondern auch eine Systemtransformation ein. Nachdem sich die sowjetische Ordnung als unhaltbar erwiesen hat, wurde der Übergang zu Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit eingeleitet. Gleichzeitig gewann das durch die frühere sowjetische Oberherrschaft zurückgedrängte Gefühl der Zugehörigkeit zum westlichen Kulturkreis Europas wieder die Oberhand. Beide Tendenzen führten dazu, daß die Annäherung an den Westen gleichermaßen als Stabilisierung und Identitätsfindung angestrebt wird.

Alle getroffenen Feststellungen gelten für Slowenien nur mit umständebedingten Modifikationen. Das grundlegende Ereignis war hier der Zerfall des serbisch dominierten Vielvölkerstaats Jugoslawien, der seinerseits als eine Folge der Entlastung vom Druck des sowjetischen Imperiums gelten kann. Das unter Belgrader Regie in vielfach milderer Form praktizierte kommunistische Herrschafts-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell wurde auch in Slowenien als zur Beibehaltung untauglich befunden, so daß es ebenfalls zu einem Transformationsprozeß gleichartiger Ausrichtung kam. Slowenien hat - anders als das eigentlich ebenfalls dem ostmitteleuropäischen Raum zuzuzählende Kroatien - das Glück gehabt, der Verstrickung in die nachjugoslawischen Kriege zu entkommen. Damit besitzt es, verschiedener Belastungen ungeachtet, ebenso wie die anderen in diesem Sammelbericht untersuchten Staaten die Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung.

Baltische Staaten

von Peer H. Lange

Drei Jahre nach Wiedererlangung ihrer Selbständigkeit wurden im August 1994 die baltischen Staaten ebenso wie Deutschland frei von sowjetischen bzw. russischen Besatzungstruppen. Diese galten bis dahin als ernsteste Bedrohung. Nun hat sich das Sicherheitsverständnis dieser Länder an den neuen Bedingungen auszurichten. In den baltischen Ländern werden gegenwärtig, Ende 1994, die Sicherheitsvorstellungen neu durchdacht.

Die Rahmenbedingungen der baltischen Sicherheitslage verändern sich: Ein Heranrücken der baltischen Staaten an Westeuropa ist nach dem Beitritt zumindest der meisten skandinavischen Länder zur Europäischen Union absehbar. Schweden, Finnland und Dänemark werden ihr sicherheitspolitisches Engagement für den gesamten Ostseeraum in Zukunft noch verdeutlichen können. Auch Rußland, der bestimmende Machtfaktor Osteuropas, wandelt sich - wenn auch noch kaum berechenbar. Ob aus einem Widersacher des Westens dessen Mitspieler wird, bleibt ungewiß. Die Bedrohungsängste der ost- und nordostmitteleuropäischen Nationen bleiben allerdings aus verständlichen historischen Gründen auf Rußland als den Kern des zaristischen wie des sowjetischen imperialen Ausgreifens gerichtet.

Könnten die baltischen Nationen, wenn sie die eigene politische Unsicherheit nicht überwinden, die versuchte Annäherung russischen und westlichen Verständnisses wechselseitig abhängiger Sicherheit stören? Könnten sich die baltischen Staaten, wenn sie in ihren Bedrohungsängsten vom Westen alleingelassen werden, zu extremen sicherheitspolitischen Schritten versucht fühlen, die wiederum Rußland provozieren könnten, in traditionelles Machtverhalten zurückzufallen? Die Verteidigungspolitik des Baltikums erwächst aus Bedrohungsannahmen. Sind diese undifferenziert, folgen daraus leicht Fehlentscheidungen. Daher kommt ihrer Erörterung richtungsweisende Bedeutung zu.

Gesamtbaltische Bedrohungsvorstellungen

Die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen - inwieweit das Kaliningrader Gebiet hinzugerechnet werden sollte, ist eine offene Frage - werden in Zukunft auch sicherheitspolitisch weit mehr als in der ersten Periode der Selbständigkeit zwischen den beiden Weltkriegen als eine Ostseeregion Europas gesehen werden müssen. Das folgt sowohl aus der Rollenaufwertung der skandinavischen Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges als auch aus der Grenzen wie Länder übergreifenden Wirkung moderner Waffensysteme. Jedes Wechselspiel von Bedrohung und Sicherung im Baltikum wird mithin über diesen Raum hinausgreifen und weitere geostrategische Räume erfassen. Sicherheit kann nicht mehr nationalstaatlich definiert werden. Das gilt insbesondere für kleine Länder. Der Status dieser Kleinstaaten ändert sich. Aus einem Spielball europäischer Großmächte, insbesondere Deutschlands und Rußlands, werden sie nun als Entwicklungsprotegés des vormaligen Westens zu einem Interaktionsfeld zwischen der sich wandelnden westlichen Verteidigungsallianz und Rußland als einer residuellen Großmacht mit ungewisser Entwicklungsrichtung und besonderen Interessen in der Region. Damit wird ihre Sicherheit zum einen durch mögliche sicherheitspolitische Interessenverwerfungen zwischen den USA und Europa, zum anderen durch die Ungewißheit der innen- wie machtpolitischen Stoßrichtungen russischer Politik determiniert.

Vorrangige Bedrohungsträger

Rußland bleibt, zumindest für eine mittlere Frist, als geopolitische Größe und potentielle Bedrohung entscheidend. Regierende wie oppositionelle politische Gruppierungen stimmen darin überein, man müsse von Rußland die gefährlichste Bedrohung erwarten, wenn dessen derzeitige Politik der Dekonfrontation und Demokratisierung enden und einer Ausrichtung an Großmachtinteressen und Neoimperialismus weichen sollte. Rußlands Potential ist trotz wirtschaftlicher Schwäche übermächtig, seine politische Entwicklung unverläßlich, und in Moskau auch weiterhin unkritisch gesehenes Vorgehen der UdSSR im Baltikum bleibt ein Menetekel für die Zukunft. Stalins Siedlungspolitik hat eine ethnische Verhaftung des Russentums in diesem Raum bewirkt, die für dauerhaften Konfliktstoff sorgt. Rußland wird, wie anzunehmen ist, das Baltikum als Vorfeld seiner Verteidigung betrachten und eine entsprechende Sicherheitspolitik betreiben. Auch starke wirtschaftliche wie ethnopolitische Interessen dürften weiterhin geltend gemacht werden. Die Rußland zu Gebote stehenden militärischen Machtmittel finden in der Region kein Gegengewicht: weder in der nuklearen, noch der elektronischen, maritimen, fliegenden und luftbeweglichen Dimension noch gar bezüglich der Feuer- und Stoßkraft zu Lande. Damit stehen Rußland militärische Druckmöglichkeiten zu Gebote, die theoretisch von nuklearer Erpressung über elektronische

Vorteilgewinnung, luftgestützte Überraschungs- und Interventionsmöglichkeiten bis zur potentiellen unabwendbaren Invasionsfähigkeit reichen.

Auch in qualitativer Hinsicht sind die militärischen Fähigkeiten Rußlands erdrückend überlegen. Eine Bündnissuche der baltischen Staaten wird dadurch geradezu erzwungen. Doch werden diese Länder zumindest mittelfristig keine militärische Schutzgarantien erhalten, weil die Sicherheitsinteressen der westlichen Großmächte derartige Zusagen nicht tunlich erscheinen lassen. Allerdings wird sich indirekt eine mittelbare politische Sicherheitsgarantie daraus ergeben, daß Rußland von der ganzen Welt nirgends so sehr wie hier an seinem Verhalten gemessen wird. Hier ist das westliche Engagement am intensivsten; hier sind die deutlichsten Rückwirkungen zu erwarten. Den regionalen Nachbarn, die von Bedrohungen nahezu unausweichlich mitbetroffen würden, dürfte dabei eine besonders aktive Rolle zukommen.

Regionsspezifische Bedrohungsformen

Als extremste Sorge der baltischen Völker kann die vor einer Invasion gelten. Die geschichtlichen Erfahrungen lassen diese Bedrohung vorrangig erscheinen, zumal die militärischen Möglichkeiten einer Großnation wie Rußland gegenüber Kleinststaaten überwältigend und kaum paralisierbar sind. In diesem Falle würde die russische Seite alle militärischen Instrumente einsetzen: Luftwaffe, Marine und gepanzerte Bodentruppen; Mittel des elektronischen Kampfes zur Ausschaltung der Verbindungen der Aggressionsopfer, schließlich auch für Sabotageakte ausgebildete Spezialtruppen. Von dieser Vorstellung waren vor allem die baltischen Sorgen zu Beginn der Selbständigkeit bestimmt, was sowohl in der geschichtlichen Erfahrung der Jahre 1940/41 und 1944-56 als auch im seinerzeitigen Okkupationszustand begründet lag.

Die Verteidigungsoptionen gegenüber einer Invasion sind gering. Die baltischen Staaten werden auf lange Sicht weder über eine eigene verlässliche Luft- noch Küsten- oder Territorialverteidigung verfügen. In der Zwischenkriegszeit lief die baltische Strategie für eine Verteidigung gegen Deutschland oder Rußland darauf hinaus, durch eine einwöchige Verteidigung internationale Hilfe zu ermöglichen. Der Verteidigungsverzicht von 1940 beruhte nicht zuletzt auf der Unwahrscheinlichkeit ausländischen Beistands. Heute ist vermutlich mit kürzeren Zeiten zu rechnen. Zugleich glauben die Balten angesichts ihrer Erfahrungen mit dem langdauernden Untergrundkampf und Partisanenkrieg der Jahre 1945-54, daß auch unter ungünstigsten Bedingungen über längere Zeit hinweg ein Widerstand aufrechterhalten werden kann, der eine Exilregierung zu legitimieren geeignet ist. Allerdings läßt sich ein solcher Widerstand heute durch die zwischenzeitlich revolutionierten militärischen und machtsstaatlichen Mittel sehr viel leichter brechen als damals. Insbesondere ist mittlerweile der Einsatz luftbeweglicher Mittel durch den Aggressor einzukalkulieren. Dazu kommen moderne Aufklärungsmittel wie Sensoren und andere Überwachungsinstrumente. Darüber hinaus müßte die baltische Seite mit einer hohen Kollaborationsbereitschaft nicht nur bei den fremden Bevölkerungsteilen, sondern auch bei politisch illoyalen Angehörigen der Titularnationen rechnen. Ein echter Partisanenkrieg, wie er von manchen amerikanischen Fachleuten als Abschreckungsoption angeraten wird, erscheint daher nur bedingt aussichtsreich und führbar; er würde einen hierfür besonders vorbereiteten möglichen Gegner wie ein etwa aggressionswilliges Rußland möglicherweise nur wenig beeindrucken. Eine Beschränkung der baltischen Länder auf diese Option könnte sogar zur Ausnutzung damit verbundener Schwächen

einladen. Als Teil einer Gesamtkonzeption hingegen bleibt diese Option zwingend und unverzichtbar. Das Bemühen dürfte daher allerdings weniger der Bekämpfung von Panzermassen als vielmehr der Vereitelung einer militärisch hergestellten politischen Herrschaft gelten.

Die zweite geargwöhnte Bedrohungsform ist die militärische Intervention. Im Unterschied zur Invasion geht es dabei nicht um Eroberung, sondern um den Zugriff auf staatliche Schlüsselfunktionen wie ausgewählte Territorien oder Kernbereiche von Verwaltung und Regierung. Als einzusetzende Mittel kämen Sonderformen militärischen Einsatzes in Betracht. Der Zugriff der Warschauer-Pakt-Staaten auf Prag und die damalige tschechoslowakische Reformregierung 1968 bildet das illustrativste Beispiel. Kennzeichnend für diese Bedrohungsform ist die herausragende Wichtigkeit der Luft als Aktionsdimension. Bei den im Baltikum vorliegenden geostrategischen Bedingungen - den nur kurzen Distanzen und den offenen Geländeformationen - wäre kaum eine andere Möglichkeit so einladend wie die wiederholt erprobte Abstützung des militärischen Vorgehens auf Hubschrauber. Alle bisherige Erfahrung mit Interventionen läßt darauf schließen, daß solche Eingriffe von subversiv eingesetzten Sympathisanten und Spezialeinheiten unterstützt werden würden. Ungeachtet des Anscheins von Begrenzung, hätten derartige Interventionen schwerwiegende Auswirkungen auf benachbarte Staaten: Die gegenwärtig rapide fortschreitende Integrierung der Infrastrukturen des baltischen Raums würde ebenso wie das Verteidigungsdispositiv der benachbarten Staaten nachhaltig gestört. Die internationalen Auswirkungen wären dauerhaft und für den Aggressor kostspielig.

Gegen Interventionsdrohungen abschreckungswirksame Verteidigungsoptionen zu entwickeln, erscheint schwierig. In den gegenwärtig diskutierten baltischen Verteidigungskonzepten wird eine Mischung von Optionen angestrebt, die jedes Interventionskalkül hinreichend komplizieren würde, um es weitgehend riskant zu machen. Auch in diesem Fall allerdings wären die baltischen Staaten objektiv gezwungen, nach auswärtigen Sicherheitsgarantien zu suchen. Dabei erscheint es kaum möglich, den eventuellen Aggressor eine längere Zeit aufzuhalten. Daher muß auf raschen Beistand Wert gelegt werden, was auf eine intensive Allianzbindung hinausliefe.

Punktuelle, "chirurgische" Eingriffe gelten im Baltikum als die dritte und wahrscheinlichste Bedrohungsform. Dabei würden nur begrenzt militärische Machtmittel zum Einsatz gebracht werden. Das Schwergewicht läge auf politischen Maßnahmen, die durch verdeckte Operationen an neuralgischen Punkten lediglich unterstützt würden. Die politischen Voraussetzungen für ein solches Vorgehen sind in allen drei baltischen Staaten gegeben. Sie könnten im Laufe der Zeit verstärkt werden. Es ließe sich ihnen nur schwer begegnen. Zur Abwehr der militärischen bzw. paramilitärischen Bedrohungskomponenten erscheinen *Spezialtruppen* und - noch mehr - eine hochentwickelte *Frühwarnung* und *Nachrichtengewinnung* erforderlich. Der überwiegend politische Charakter dieser Bedrohungsform verdeckt den aggressiven Charakter und erschwert eine internationale Unterstützung der bedrohten Seite.

Die baltischen Staaten suchen allen drei Bedrohungsformen Rechnung zu tragen. Das bedeutet eine *Diversifizierung* der Verteidigungsanstrengungen, die wegen der bestehenden wirtschaftlichen Schwäche ohnedies nur begrenzt möglich sind. Zugleich ergibt sich das Erfordernis einer *Zusammenfassung der baltischen Sicherheitsanstrengungen* und einer regionalen Integration der *Sicherheitsstrukturen*. Daher sind die militärischen *Anstrengungen* nur ein Teilmoment. Zugleich

kommt im baltischen Raum einer *präventiven Konfliktverhütung und Spannungsminderung* entscheidende Bedeutung zu.

Gesamtbaltische Schwachstellen nicht-militärischer Art

Allen drei baltischen Staaten ist gemeinsam, daß sie an den Folgen des Sowjetsystems auch sozialpolitisch schwer tragen - mit entsprechenden Auswirkungen auf die Verteidigungs- und Militärpolitik. Dies betrifft insbesondere die Heranbildung eines verlässlichen Offiziers- und Unteroffizierskorps, die Lösung der ethnischen Probleme in den Streitkräften und die politische Verantwortung des Militärs. Die von außen drohende Gefahr hat somit auch einen innenpolitischen Aspekt.

Beim regulären Teil der Streitkräfte muß auf Offiziere der Sowjetarmee zurückgegriffen werden. Die hiermit aufgeworfene Loyalitätsproblematik können die baltischen Länder ebenso wenig wie die ehemaligen Volksdemokratien nach deutschem Muster durch radikale Beseitigung des kommunistischen Erbes lösen. Auch verfügen diese jungen Staaten nicht über die Möglichkeit, politische Loyalität hinreichend sicher überprüfen zu können. Das schafft Unsicherheit und Konflikte. Der neugebildete Teil der bewaffneten Kräfte dagegen, die Landwehren (Milizen oder Nationalgarden), verfügt über keine militärisch kompetente Führung. Überdies führte eine politisch einseitige Personalwahl zu Befehlsverweigerungen und Meutereien. Es gab auch kriminelle Auswüchse. In der Folge kam es sowohl zu innenpolitischen Spannungen als auch zu Belastungen der auswärtigen Beziehungen. Zwar haben die baltischen Nationen in überraschend kurzer Frist eigene Streitkräfte aufgestellt, aber deren militärische Handlungsfähigkeit wird noch lange eingeschränkt bleiben.

Der zweite sozialpolitische Risikobereich liegt in der ethnischen Zusammensetzung. Bei dem besonders in Lettland überaus hohen Anteil (48%) an ethnisch fremder Bevölkerung stellt sich die Frage nach der Loyalität von wehrpflichtigen Staatsbürgern, zumal diese dort aufgrund der höheren Geburtsraten der Nicht-Letten bald einen Großteil der Eingezogenen bilden könnten. In der Zwischenkriegszeit bestanden weitaus günstigere Integrationsmöglichkeiten als heute. Zudem muß damit gerechnet werden, daß für die russischsprachige Bevölkerung noch lange eine zumindest potentiell gespaltene Loyalität virulent bleiben wird, weil sie von außen her politisch bestärkt wird. Die Möglichkeit, diese Probleme durch eine strikte "Kaderpolitik" nach dem Muster der ehemaligen sowjetsozialistischen Armeen zu lösen, besteht nicht - die Westwendung der baltischen Staaten schließt diese Option aus. Gerade das Moment der Loyalität aber ist angesichts der Wahrscheinlichkeit sogenannter "chirurgischer", d.h. auf ausgewählte Schlüsselfunktionen zielender Interventionsdrohungen, besonders bedeutsam.

Technologische Rahmenbedingungen und Verwundbarkeiten

Allen drei baltischen Staaten gemeinsam ist ferner eine technologische Schwäche in Verbindung mit ihrer geostrategischen Verwundbarkeit im Zeitalter hoher militärischer Beweglichkeit zu Lande, zu Wasser und in der Luft bei gleichzeitig sich rapide verkürzenden Aktionszeiten. Sie müßten im Bereich moderner, vor allem elektronischer Technologien, insbesondere bei Mitteln der Früherkennung und Vorwarnung ihre geostrategischen Schwächen ausgleichen können - wozu ihnen gegenwärtig sowohl die Mittel als auch die konzeptionellen und ausbildungsmäßigen Fähigkeiten

fehlen. Luft- und Seeraumkontrolle sowie auch Mittel zur Früherkennung von Bedrohungen sind bestenfalls ansatzweise im Aufbau begriffen, sie werden auch künftig nur in bescheidenem Ausmaße verwirklicht werden können. Darüber hinaus behindert die noch immer dominierende Beschränkung auf nationale Ansätze eine zukunftsgerichtete und dadurch verlässliche Ausgestaltung dieser Fähigkeiten.

Estland

Estlands Nähe zu Finnland ist nicht nur in der Verwandtschaft der Sprachen und der geographischen Nähe begründet, sondern auch in historischer Waffenbrüderschaft und in nunmehr hergestellter geostrategischer Übereinstimmung: Die Küsten beider Länder bilden die maritimen Pforten für St. Petersburg; beide Staaten haben lange benachbarte Grenzlinien mit Rußland. Für Estland bildet die inselreiche, überaus lange Küstenlinie, an der außer der Hauptstadt weitere wichtige Zentren liegen, die wichtigste "offene Flanke". Auf modernste Technik (z.B. moderne russische Luftkissen-Landungsschiffe) gestützten Bedrohungsmöglichkeiten könnte das Land theoretisch allenfalls mit einer luftgestützt-hochbeweglichen Abwehr und einer gegen präventive Ausschaltung geschützten Frühwarnung begegnen - woran für längere Frist nicht zu denken ist. Die Voraussetzung dafür wäre zudem die wenigstens bedingte Fähigkeit, die eigene luftbewegliche Feuerkraft gegen feindliche Einwirkung aus der Luft zu schützen - was noch weniger möglich erscheint.

Die vorwiegende Bedrohungserwartung gilt einerseits der Hauptstadt Tallinn und ihren Funktionszentralen und andererseits der Möglichkeit einer militärisch gestützten, graduell perzipierbaren Abspaltung von dafür anfälligen Landesteilen mit anschließender Existenzbedrohung für die Integrität Estlands überhaupt. In diesem Sinn bildet die Minderheitenproblematik im nordöstlichen Estland (Narva, Sillamäe, Kohtla-Järve) den verwundbarsten Ansatzpunkt. Eine Integration der in sowjetischer Zeit dort Angesiedelten, die - wie in Westeuropa postuliert - Loyalität gegenüber dem estnischen Staat herstellen würde, erscheint auch auf längere Sicht kaum realisierbar - zumal bei zuwiderlaufender Einflußnahme der russischen Schutzmacht. Konflikthanlässe könnten auch während der zeitweilig aufrechterhaltenen russischen Präsenz im Ausbildungsstützpunkt für nukleare U-Boot-Antriebe in Baltischport/Paldiski provoziert werden. Die sowjetische, von Rußland übernommene Inbesitznahme eines Teils des estnischen Territoriums gilt in Estland als lediglich moralische.

Lettland

Lettlands zentrale Lage und seine immense Minderheitenproblematik kennzeichnen seine Verwundbarkeiten und die darauf folgenden Bedrohungsschwerpunkte. Als Sowjetrepublik beherbergte das Land eine nuklearstrategisch wichtige Frühwarn- und Zielerfassungsinstallation (Schrunden/Skrunda), eine auf die Verbindungs- und Befehlsvermittlung der NATO gerichtete Abhöranlage (Windau/Ventspils) und einen als strategisch bewerteten Marinestützpunkt (Libau/Liepaja). Das verdeutlicht die geostrategisch wichtige Lage des Landes. Es wird diese Bedeutung auch künftig behalten, auch wenn Rußland eine Neuordnung der elektronischen Funktionen und der Luft- und Seebewegungen vornimmt.

In der überschaubaren Zukunft bildet die außerordentlich schwierige Bevölkerungskonstellation den größten Unsicherheitsfaktor und einen Ansatzpunkt für Bedrohungen. Das betrifft insbesondere die urbanen Zentren. Lettlands Sicherheit erscheint somit vor allem durch Bedrohungen der dritten oben-

genannten Kategorie gefährdet. Demgegenüber können die territorialen Verluste an die Sowjetunion/Rußland (Gebiet um Abrene) als zwar politische Unruhe verursachend, aber verteidigungspolitisch nebensächlich gelten. Konflikthanlässe könnten leichter anhand der zeitweiligen russischen Frühwarninstallation in Schruden provoziert werden. Lettland ist des weiteren als Durchgangsraum für luftgestützte Operationen gegen die zwei baltischen Nachbarländer verwundbar. Seine spezifische Bedrohungslage legt daher in besonderem Maße integrative Schritte im hochtechnologischen Bereich nahe, wofür die Voraussetzungen im Lande allenfalls ansatzweise gegeben sind.

Litauen

Litauens Bedrohungslage ist vornehmlich durch seine Grenzlage zum Kaliningrader Gebiet bestimmt. Die russische Politik in diesem Gebiet ist jedoch nicht nur für Litauen bedrohlich, sondern läßt auch für Polen eine erhöhte Verwundbarkeit befürchten. Die den Zweiten Weltkrieg einleitende Korridorproblematik wiederholt sich hier unter anderen Vorzeichen: Die Frage des - vor allem militärischen - Transits zwischen Rußland und dem Königsberger Gebiet enthält großen politischen Sprengstoff. Zusätzlich wird in Vilnius gefragt, ob Rußland bereit ist, diesem bisher *übermäßig* militärisch angefüllten Raum eine alternative Entwicklungsrichtung zu geben. Entscheidet es sich, wie wiederholt geäußert, für eine militärische Ausrichtung, die lediglich an den eigenen Bestrebungen orientiert ist und die gemeinsame Interessen der Region unberücksichtigt läßt, dann wären zwar nicht notwendigerweise kriegsträchtige, wohl aber auf alle Fälle entspannungswidrige Konsequenzen für ausnahmslos alle Ostseeländer unausbleiblich. Litauen hat die anfänglichen Spannungen mit Polen wegen des in der Zwischenkriegszeit polnisch besetzten Gebiets um die Hauptstadt Wilna/Vilnius überwunden, so daß es sich nicht länger mit einer Bedrohung dieses südlichen Nachbarn - ebensowenig wie einer solchen Deutschlands - konfrontiert sieht.

Zu einer Schlüsselfrage der sicherheitspolitischen Entwicklung im Ostseeraum, der trotz schwierigster politischer Probleme bisher von militärischen Konflikten verschont blieb, entwickelt sich die heute - anders als in den Zeiten der sowjetischen Reformpolitik unter Gorbatschow und Schewardnadse - in Rußland strittige Zustimmung zur NATO. Diese ist ein grundlegend wichtiger Faktor bei der in Europa insgesamt und speziell im Ostseeraum neu zu ordnenden Sicherheitsstruktur.

Polen

von Dieter Bingen

Generelle Grundlagen

Über die Grundfragen der auswärtigen Sicherheit herrscht in den politischen Eliten Polens ein breiter Konsens, der von den bis 1993 regierenden Parteien aus dem "Solidarność"-Lager bis zu den Vertretern der Nachfolgeparteien des alten Regimes reicht, die seit Herbst 1993 das Land regieren. Es gibt aber Unterschiede in der Leidenschaft, mit der die allgemein anerkannten sicherheitspolitischen Interessen verfochten werden. Auch die außen- und sicherheitspolitische Kompetenz variiert; sie fehlt weiterhin vor allem beim Koalitionspartner der nachkommunistischen

Sozialdemokraten, der Bauernpartei mit dem inzwischen gestürzten Ministerpräsidenten Pawlak. Das führte bisweilen zu rein agrarlobbyistisch begründeten außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen, die dann etwa am Wunsch nach Wiedergewinnung der Ostmärkte ausgerichtet wurden.

Die sicherheitspolitischen Vorstellungen werden zum einen bestimmt von der Risikoanalyse der konfliktträchtigen Beziehungen zwischen den angrenzenden Nachfolgestaaten der früheren UdSSR: Litauen, Belarus sowie - in noch höherem Maße - Ukraine und Rußland. Zum anderen ist die instabile wirtschaftliche, soziale und politische Situation der Staaten Ost- und Südosteuropas maßgebend. Zu den Auswirkungen, die Polen zu spüren bekommt, gehört insbesondere das internationale organisierte Verbrechen. Wesentliche Bedeutung wird in Warschau auch der gegenwärtig erzwungenen Bündnislosigkeit des Landes zugesprochen. Polen sieht sich als Teil einer "Zone verminderter Sicherheit". Daraus folgt die Notwendigkeit, eine Sicherheitsdoktrin auf einzelstaatlicher Basis zu entwickeln. Hinzu kommt die psychologisch wichtige Tatsache, daß Polen von den Folgen des tiefgreifenden territorial-politischen Wandels in der Mitte Europas am meisten betroffen ist: Bis 1990 besaß Polen mit DDR, ESSR und UdSSR nur drei Nachbarstaaten, heute sind es sieben, wobei von den drei ursprünglichen Nachbarn jeder seine Identität gewechselt hat (Deutschland, Rußland, Tschechien, Slowakei, Ukraine, Belarus, Litauen).

Polen sieht sich derzeit von keinem Staat direkt bedroht. Die Führung in Warschau betont, das Land habe keine natürlichen Feinde, und es gebe auch keine Existenzbedrohung. Polen beobachtet jedoch aufmerksam die starke Konzentration russischer Streitkräfte im Gebiet Kaliningrad/Königsberg und das gemeinsame belarussisch-russische Regime an der Grenze zu Polen, womit Rußland faktisch auch hier wieder zum direkten Nachbarn wurde. Wenn diese Präsenz auch nicht als Beweis aggressiver Absichten gilt, so ist Polen doch beunruhigt über das Militärpotential an seiner Nordgrenze und die allmähliche Restitution des Imperiums in der früheren UdSSR. Dazu kam nach dem blutigen Austrag des Konflikts mit Tschetschenien durch Moskau eine unbestimmte Bedrohungsvorstellung. Zwar spielte sich dieser Krieg innerhalb der Russischen Föderation ab, doch wurden in Polen Rückschlüsse gezogen: Ein weiteres Mal entstand der Eindruck einer generell zunehmenden Bereitschaft Rußlands, seine Interessen mit blanker Gewalt durchzusetzen.

Die Gefahr eines Ausbruchs inner- wie zwischenstaatlicher Kriege in der östlichen Nachbarschaft wird - insbesondere auch angesichts des Vorhandenseins erheblicher Militärpotentiale (Atommacht Ukraine) - sehr ernst genommen. Dabei ergibt sich das - eher indirekte - militärische Risiko, daß lokale Streitigkeiten östlich der polnischen Grenze auf polnisches Territorium übergreifen könnten. Von einem möglichen Zerfall der Russischen Föderation gehen ebenfalls auf eher indirekte Weise größte Gefahren für die Sicherheit Polens aus, namentlich durch zu befürchtende riesige Flüchtlingswellen.

In Deutschland sieht Polen einen Sicherheitspartner. Die anfänglich bestehenden Vorbehalte, die nicht zuletzt auch in der vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Asymmetrie begründet lagen, sind einer überraschend offensiven Nutzung des deutschen Eigeninteresses an Ausweitung der Stabilitätszone in der Mitte Europas gewichen. Umgekehrt sind die politischen Eliten in Deutschland von der linken Mitte bis zur gemäßigten Rechten heute die nachdrücklichsten Verfechter einer Heranführung Polens an die westlichen Sicherheitsstrukturen.

Im Verhältnis zu Litauen stellt die Lage der dortigen polnischen Minderheit (ca. 220.000 = 7%) einen besonderen Aspekt der Sicherheitsperzeption dar. Ein analoges Risikopotential besteht, verstärkt durch die konfessionelle Komponente des Gegensatzes zwischen Katholizismus und Orthodoxie, in den Beziehungen zu Belarus wegen der polnischen Minderheit (ca. 380.000 = 4%). In beiden Fällen sind die Existenz der polnischen Ethnie und die Angst der litauischen bzw. belarusischen Behörden vor einer polnischen kulturellen Infiltration ein potentieller bilateraler Konfliktherd. Die polnische Regierung suchte jedoch durch jeweilige Nachbarschaftsverträge und darin enthaltene reziproke Minderheitenregelungen das Verhältnis ihres Landes zu den nordöstlichen Nachbarn zu entspannen.

Die Ukraine wird in Polen wegen ihrer ungeklärten Beziehung zu Rußland und ihrer den Zusammenhalt des Staates gefährdenden desolaten wirtschaftlichen Lage als potentiell destabilisierender Faktor bewertet. Auf die Vorstellungen der Kiewer Führung von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Randstaaten Rußlands vom Baltikum bis zum Schwarzen Meer reagiert die polnische Politik mit Mißtrauen bis Ablehnung. Polen sieht in dieser Konzeption eines Cordon sanitaire zwischen dem NATO-Gebiet und Rußland nicht so sehr eine Stärkung seiner Position als vielmehr eine Gefährdung seiner Westorientierung. Es ist Polen gleichwohl seit Anfang der neunziger Jahre gelungen, das historisch belastete Verhältnis zur Ukraine auf offizieller bilateraler Ebene erstaunlich harmonisch zu gestalten, wobei der deutsch-polnische Ausgleich als Vorbild dient. In der Alltagspolitik allerdings schwelen die polnisch-ukrainischen Animositäten im galizischen Grenzraum weiter.

Die staatliche Teilung der Tschechoslowakei in die Republiken Tschechien und Slowakei ist in polnischer Sicht bislang kein sicherheitspolitisches Risiko. Dies könnte sich mit einer Umorientierung der slowakischen Außen- und Sicherheitspolitik ändern, wenn die Slowakei damit begänne, für sich eine "Brückenfunktion" zwischen Rußland und dem Westen zu beanspruchen.

Konzept der Sicherheitspolitik

Am 2. November 1992 wurden vom "Komitee für Landesverteidigung" (KOK), dem höchsten sicherheitspolitischen Gremium Polens, die "Grundlagen der polnischen Sicherheitspolitik" und die "Sicherheitspolitik und Verteidigungsstrategie der Republik Polen" verabschiedet. Dem KOK gehören unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten der Ministerpräsident, die Minister für Äußeres, Verteidigung, Inneres und Finanzen, die Präsidenten der beiden Parlamentskammern, der Generalstabschef und der Leiter des federführenden Büros für Nationale Sicherheit beim Präsidenten an. Ausgangspunkt der Überlegungen in den "Grundlagen" ist ein erweiterter Sicherheitsbegriff, der neben den politischen und militärischen die wirtschaftlichen, ökologischen, gesellschaftlichen und ethnischen Aspekte umfaßt. In der Praxis bleibt aber der klassische "harte" militärisch-politische Sicherheitsbegriff im Mittelpunkt der Konzepte, die der Gewährleistung der nationalen Sicherheit dienen sollen.

Bezüglich der "weichen" Aspekte der Sicherheit sah sich Polen durch die Entwicklung in der Region genötigt, Ansätze für eine einvernehmliche Regelung der sich verschärfenden Migrations- bzw. Asylproblematik durch Rückführungsabkommen mit seinen Nachbarstaaten bzw. mit europäischen Herkunftsländern zu suchen. So hat Polen nach dem Abschluß des deutsch-polnischen

Rückführungsabkommens entsprechende Abkommen mit der Ukraine, Tschechien, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien geschlossen. Ein Datum für eine entsprechende Regelung mit Rußland steht noch nicht fest.

Die Grundposition und Richtungen auf den klassischen Feldern der Sicherheitspolitik sowie die Absichten bezüglich der Verteidigung werden in den erwähnten "Grundlagen" folgendermaßen im einzelnen umschrieben:

- Verzicht auf territoriale Ansprüche gegenüber anderen Staaten;
- eine politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Integration des Landes nach Westeuropa - in EU und WEU - und Erwerb der Vollmitgliedschaft in der NATO (die weiterhin als *das* grundlegende Element für politische Sicherheit und Frieden in Europa gilt) als Hauptziele;
- Schaffung einer langfristig tragfähigen Sicherheit durch Mitwirkung an einem gesamteuropäisch-atlantischen Sicherheitssystem;
- Fortsetzung der US-Militärpräsenz in Europa als Basis von Stabilität und Frieden;
- Pflege eines ständigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Dialogs mit ausnahmslos allen Nachbarn zwecks Schaffung einer Zone des Vertrauens.

Die Armee soll, um künftig ihren Verteidigungsauftrag und die Voraussetzungen für die langfristig angestrebte NATO-Mitgliedschaft erfüllen zu können, von der bisherigen - noch weithin am strategischen Dispositiv des ehemaligen Warschauer Pakts ausgerichteten und an das Modell der ehemaligen sowjetischen Armee angeglichenen - Streitkräftestruktur abgehen und in allen ihren Teilen einschließlich des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MON) Reformen durchführen.

Außenbeziehungen im Bereich der Sicherheitspolitik

Durch die Anknüpfung konkreter militärisch-politischer Beziehungen mit den westlichen Staaten sucht Polen der angestrebten Mitgliedschaft in der NATO näherzukommen. Zugleich verfolgt Warschau konsequent den Leitgedanken einer regionalen sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit und Vertrauensbildung. Mit NATO-Staaten wie Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Griechenland hat Polen Abkommen/Vereinbarungen über militärpolitische Zusammenarbeit abgeschlossen. von diesen bilateralen Vereinbarungen erhofft es sich eine Annäherung an NATO und WEU. Polen erreichte es durch Hilfestellung Deutschlands und Frankreichs, daß die WEU den neuen nachkommunistischen Demokratien in Ostmittel- und Südosteuropa im Mai 1994 das Angebot einer assoziierten Mitgliedschaft machte. Durch den Beitritt zum NATO-Programm "Partnerschaft für den Frieden" im Februar 1994, die demonstrativ rasche Vorstellung eines Präsentationspapiers in Brüssel im April 1994 und zahlreiche seit Sommer 1994 veranstaltete multilaterale Übungen mit polnischer Beteiligung hat das polnische Ersuchen nach Aufnahme in die westlichen Sicherheitsstrukturen eine neue Qualität erhalten.

Vor allem mit den USA als für die Erreichung aller Sicherheitsziele entscheidender Macht versucht Polen ein enges sicherheitspolitisches Verhältnis aufzubauen. Die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa hat aus polnischer Sicht größte Bedeutung für die Stabilisierung der Lage auf dem gesamten Kontinent. Dementsprechend war Polen enttäuscht von der anfänglich schwachen Resonanz Washingtons auf den Wunsch Warschaus nach Sicherheitspartnerschaft, die freilich entschuldigend auf die Haushaltslage der USA und auf die Berücksichtigung russischer Empfindlichkeiten zurückgeführt wurde. Die sich seit Anfang 1994 abzeichnende Wende in der

amerikanischen Ostmitteleuropa-Politik wurde mit großer Befriedigung aufgenommen.

Eine sicherheitspolitische Vernetzung Polens mit anderen Staaten Ostmitteleuropas wird durch Abkommen über militärische Zusammenarbeit mit Lettland, Litauen und Estland hergestellt. Auch arbeitet Polen auf der Grundlage bilateraler Militärabkommen mit der Tschechischen und der Slowakischen Republik sowie mit Ungarn im Rahmen der Visegrád-Gruppe zusammen. Dabei wird von der polnischen Seite sehr deutlich gemacht, daß die regionale Zusammenarbeit mit Prag, Bratislava und Budapest kein Ersatz für Westintegration ist, sondern der multilateralen Verstärkung der Westintegrationsbestrebungen der politisch und wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittenen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten dienen soll. Zugleich wird hier ein willkommens Übungsfeld für Integrationspolitik gesehen.

Ende 1992/Anfang 1993 begann Polen mit der Aufnahme konkreter militärisch-politischer Beziehungen mit den angrenzenden Nachfolgestaaten der früheren UdSSR. Mit Belarus schloß es im Dezember 1992, mit der Ukraine im Februar 1993 ein Abkommen über militärisch-politische Zusammenarbeit.

Die politisch bedeutsamste militärisch-politische Vereinbarung war das Abkommen mit Rußland vom Juli 1993, das Verteidigungsminister Onyszkiewicz gemeinsam mit seinem russischen Kollegen Gratschow unterschrieb. Von der neuen Souveränität Polens nach dem Zusammenbruch der östlichen Bündnisstrukturen und von der Standfestigkeit der polnischen sicherheitspolitischen Option zeugt die Tatsache, daß der polnische Verteidigungsminister in Moskau die sicherheitspolitische Konzeption Polens mit der Priorität der allgemein- und sicherheitspolitischen Westbindung einschließlich des angestrebten NATO-Beitritts vor dem Lehrkörper der Akademie des Generalstabs der Russischen Streitkräfte darlegte. Die polnische Hinwendung zum Westen sei keineswegs auf irgendwelche Befürchtungen oder auf ein Gefühl der Bedrohung zurückzuführen. Sie sei vielmehr die logische Konsequenz der zuvor gefaßten Absicht eines EU-Beitritts. Polen verspüre um sich herum keinerlei militärische Bedrohung. Gefährlich werden könnten dagegen ein eventuelles Scheitern der Reformen in irgendeinem der ostmitteleuropäischen Staaten, eine mögliche Migrationswelle und der internationale Terrorismus.

Mit der Ende Oktober 1992 erfolgten Rückführung aller Kampftruppen der ehemals 60.000 Mann starken Nordgruppe der russischen Streitkräfte und der Ankündigung von Präsident Jelzin während seines Staatsbesuchs in Polen am 24. bis 26. August 1993, den Abzug der restlichen Einheiten bis 1. Oktober 1993 vorzeitig abzuschließen, wurden die am meisten belastenden Probleme der physischen Präsenz der ehemaligen sowjetischen Armee in Polen beseitigt. Die Ankündigung Jelzins in der Gemeinsamen Erklärung mit Präsident Wałęsa, daß "die Entscheidung des souveränen Polen ... nicht im Widerspruch zu den Interessen anderer Staaten" stehe und auch nicht die Interessenssphäre Rußlands verletze, und sein "Verständnis für die polnische Haltung" in der Bündnisfrage war für die polnische Diplomatie ein Erfolg, der allerdings nur wenige Tage währte. Schon Anfang September richtete Moskau eine Botschaft an die Westmächte, die scharfen Widerstand gegen eine NATO-Osterweiterung zum Ausdruck brachte.

Polen bemühte sich seitdem verstärkt - parallel zur Annäherung an NATO und WEU - um eine Weiterentwicklung der polnisch-russischen Beziehungen und insbesondere um eine Wiederbelebung der

darniederliegenden Wirtschaftsbeziehungen. Die polnische Politik wendet sich gleichzeitig unbeirrt - wie zuletzt Präsident Wałęsa gegenüber Tschernomyrdin am 17. und 18. Februar 1995 in Warschau deutlich machte - gegen die russischen Einwände in der NATO-Frage. Mit der Stabilisierung der bilateralen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, insbesondere zu Rußland, bezweckt Polen offensichtlich neben einer Verbesserung seiner Sicherheitslage auch ein Signal an die NATO. Den potentiellen westlichen Verbündeten soll damit bedeutet werden, daß Polen keine ungelösten Konflikte mit Rußland in das Bündnis einbringt und jede Belastung des Verhältnisses zwischen NATO und Rußland zu vermeiden sucht.

Der Abschluß des polnisch-russischen Abkommens vom Juli 1993 vervollständigte das Netz der bilateralen sicherheits- und militärpolitischen Vereinbarungen mit den Nachbarstaaten. Der gewünschten weitreichenden Zusammenarbeit ungeachtet, strebt Polen mittels der mit den Nachbarn abgeschlossenen Vereinbarungen keine bilateralen militärischen Bündnisse an. Die Abkommen sind auch nicht gegen Drittstaaten gerichtet. Polen präsentiert sich mit den vertrauensbildenden Maßnahmen gegenüber seinen Nachbarn als Stabilitätsfaktor in Ostmitteleuropa. Die von Präsident Wałęsa zeitweise formulierte und favorisierte Idee eines NATO-ähnlichen Bündnissystems zwischen den ostmitteleuropäischen Staaten ("NATO II") als Übergangslösung bis zum NATO-Beitritt bzw. Aufbau gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen hat weder in die Sicherheitskonzeption noch in die Vertragspolitik Eingang gefunden.

Schlußbetrachtungen

Die Darstellung der sicherheitspolitischen Perzeptionen und Konzeptionen in Polen konzentriert sich auf Vorstellungen, die sich auf der Basis eines breiten Konsenses von handelnder Politik und beratender Wissenschaft seit dem Systemwechsel durchgesetzt und verstetigt haben. Ungeachtet mehrerer Regierungswechsel mit unterschiedlichen Parteienkonstellationen ist daher eine beachtliche Kontinuität zu verzeichnen.

Die drei Machtzentren Präsident, Regierung und Parlament stimmen in den Grundfragen der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik weitgehend überein. Daran ändern auch die stark parteipolitisch motivierten Streitereien über die Glaubwürdigkeit der Pro-NATO-Orientierung der SLD/PSL-Koalition nichts, die anläßlich des Rücktritts von Außenminister Olechowski im Januar 1995 ausbrachen. In dem neuen Koalitionsvertrag der Regierungsparteien wurde die NATO-Orientierung im Vergleich zu der vorangegangenen Vereinbarung vom Oktober 1993 nochmals verstärkt. Mit dem Ministerpräsidenten Józef Oleksy (SLD) trat nach dem außenpolitisch inkompetenten Pawlak wieder ein weltläufiger Politiker an die Regierungsspitze.

Der Perzeption der auswärtigen Sicherheit ist in den Jahren seit der Wiederherstellung der Demokratie in Polen - ungeachtet medienwirksamer Geplänkel in empfindlichen angrenzenden Bereichen wie etwa über das Thema "Euroregionen" - nicht zum Feld großer inhaltlicher Auseinandersetzungen geworden, obwohl die politische Landschaft ansonsten fragmentiert ist. In der Außen- und Sicherheitspolitik zeigen die polnischen Denkfabriken und Entscheidungszentren in aller Regel einen bemerkenswerten Grad von analytischer Durchdringung und Rationalität. Die außen- und sicherheitspolitischen Alternativen zu den gültigen Konzepten erscheinen - ungeachtet verschiedener von profilsüchtigen Politikern und Interessengruppen ausgelösten tagespolitischer

Wirrungen - als zu riskant und als nicht mehrheitsfähig. Und es gibt auch keine anderen Partner im Ausland, die dem Land die dringend erforderliche Stabilität verheißen könnten.

Slowakei

von Stanislav J. Kirschbaum

Kurz nachdem die Slowakei die staatliche Unabhängigkeit erlangt hatte, erklärte ein höherer Offizier der slowakischen Armee auf einer Konferenz zu Fragen des Friedens in Europa: "Die Slowakei ist immer ein Teil größerer staatlicher Einheiten gewesen und hat niemals Konzepte zu einer eigenen Außen- und Militärpolitik, zur eigenen Sicherheit und Strategie entworfen."¹ Nach zwei Jahren Unabhängigkeit gilt diese Aussage für die Slowakei nicht mehr. Das Außen- und das Verteidigungsministerium haben dem Nationalrat der Slowakischen Republik Dokumente vorgelegt, in denen die Sicherheitspolitik und die Bedrohungsperzeptionen des jüngsten Staates in Mitteleuropa dargelegt werden. Die politischen Ereignisse des Landes in den zwei Jahren seit der Unabhängigkeit - Sturz Vladimír Mečiar und seine Ablösung durch Jozef Moravčík, vorzeitige Wahlen im Oktober 1994 mit Sieg von Mečiar Bewegung für eine demokratische Slowakei, danach zehnwöchige Verhandlungen bis zur Bildung einer neuen Regierung Mečiar - änderten nichts an den Grundkonzeptionen in der Außenpolitik und der nationalen Verteidigung. Diese Konzeptionen beruhen auf einem allgemeinen politischen Konsens über die zu verfolgenden Ziele.

Die Slowakei im nachkommunistischen Europa

Der slowakischen Auffassung von der Position des Landes im nachkommunistischen Europa liegen zwei Axiome zugrunde: daß die Slowakei erstens zum Westen gehört, "auf den ihr kulturelles und politisches Selbstverständnis ausgerichtet ist,"² und daß sie zweitens im Europa von heute keine Feinde hat. Somit wird die Regelung, die den Sicherheitsbedürfnissen des Landes am besten entspricht, durch dessen Größe, geographische Lage und politische Orientierung bestimmt. In seiner Rede vor dem NATO-Rat im November 1993 betonte Präsident Michal Kováč: "Die Slowakische Republik will nicht deshalb ein Teil des Bündnisses werden, weil sie sich militärisch bedroht fühlt. ...Wir bemühen uns, uns in der Struktur demokratischer Staaten zu verankern, einer Struktur, die in der Lage ist, unsere moralischen Werte - die auch von unseren Bürgern geteilt werden - zu verteidigen."³

Die Gründung der Slowakischen Republik fand zu einem Zeitpunkt statt, als Mitteleuropa nicht nur vier Jahrzehnte kommunistischer Politik und Ideologie hinter sich ließ - ein Prozeß, der von einem gewissen Maß an sozialer und wirtschaftlicher Instabilität begleitet war - sondern als auch das Machtgleichgewicht in Europa in eine Phase der Neuausrichtung eintrat. Die Geschwindigkeit, mit der das Auseinanderbrechen der Tschechoslowakei vor sich ging und die politischen und

¹ Ladislav Kadlec, Security Perspective of Central Europe: A View from Slovakia, in: Charles L. Barry, ed., The Search for Peace in Europe. Perspectives from NATO and Eastern Europe, Washington: National Defence University Press, 1993, S. 183. Diese Aussage trifft nur zum Teil zu, denn alle diese Aufgaben wurden von der Regierung der ersten slowakischen Republik 1939-1945 erfüllt.

² Michal Kováč, Slovakia and the Partnership for Peace, in: NATO Review, Februar 1994, S. 15.

³ Ebenda, S. 17.

wirtschaftlichen Argumente, die hinter dieser Entscheidung standen, ließen bei vielen Slowaken, ebenso wie bei vielen westlichen Beobachtern, ernste Zweifel hinsichtlich der Lebensfähigkeit des jüngsten Staates in Mitteleuropa aufkommen. Hatte die slowakische Regierung politisch schon früh ihren Weg vorgezeichnet und sich aktiv bemüht, in die westliche Zivilisation, mit der sich die Slowakei historisch immer verbunden fühlte, zurückzukehren, so stellte die Organisation und Umstellung der slowakischen Wirtschaft von der Befehls- zur Marktwirtschaft das Land vor eine Reihe schwieriger Aufgaben. Die Wirtschaft benötigt nicht nur die Schaffung der erforderlichen Einrichtungen, sondern auch die Herstellung von Verbindungen zu regionalen und weltweiten Institutionen sowie zu benachbarten Staaten, die dabei behilflich sein könnten.

In Fragen der Sicherheit denkt man nicht anders: Den slowakischen Politikern war klar, daß sie über die Schaffung der Institutionen zur Gewährleistung der Sicherheit des Landes hinaus auch darauf hinarbeiten mußten, die notwendigen Verbindungen zu anderen Staaten und Institutionen herzustellen, die ihnen in dem sich wandelnden internationalen Umfeld Halt und Sicherheit bieten können. Von Anbeginn gründeten sich die slowakischen Sicherheitsperzeptionen auf die völlige Integration in die westlichen Institutionen und Entwicklungen. Präsident Kováčik drückte es so aus: "Der slowakische Wunsch nach Kooperation mit der NATO und nach der Erlangung der vollen Mitgliedschaft im Bündnis gründet sich auf die Prämisse, daß es nicht möglich ist, nur die politische und wirtschaftliche Integration in den Westen anzustreben. Volle Integration erfordert daneben auch die Entwicklung von Sicherheitsgarantien innerhalb der Strukturen, die historisch und grundsätzlich für die westeuropäische Integration kennzeichnend sind."¹

Außenpolitische Orientierung

Das slowakische Streben nach Stabilität, Sicherheit und Entwicklung ist in den außenpolitischen Zielsetzungen formuliert worden, die sich vor allem an die internationalen Vereinbarungen halten, die das Land als einer der Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei übernommen hat. Dazu gehören die UNO und ihre Fachorganisationen, andere internationale Gremien, die OSZE und die Visegrád-Gruppe. Darüber hinaus ist die Slowakei von 123 Ländern anerkannt worden und unterhält diplomatische Beziehungen mit 106 davon. Außerdem hat sich die Slowakei sehr bemüht, regionalen Gruppierungen beizutreten, insbesondere solchen, die ihr politische, militärische und wirtschaftliche Sicherheit garantieren können. Im Gegensatz zu den Institutionen, denen die Slowakei aufgrund der von ihrem Vorgängerstaat übernommenen internationalen Vereinbarungen angehört, verlangen diese regionalen Institutionen spezielle Verpflichtungen und behalten sich auch das Recht vor, Zeitpunkt und Bedingungen einer Mitgliedschaft zu bestimmen.

Ein wichtiges außenpolitisches Ziel wurde mit der Aufnahme der Slowakei in den Europa-Rat am 30. Juni 1993 erreicht. Mit diesem Schritt war auch ein Beitritt zu verschiedenen Abkommen, Konventionen und Reglements dieser Organisation verbunden. Ebenso bedeutsam war der Abschluß eines Assoziierungsabkommens zwischen der Slowakischen Republik und der EU, das am 4. Oktober 1993 in Luxemburg unterzeichnet wurde und am 1. Februar 1995 in Kraft trat. Ein Antrag auf Vollmitgliedschaft soll zum 30. Juni 1995 vorgelegt werden, wobei man hofft, diese zum Jahr 2000 zu erreichen.

¹ Ebenda, S. 15.

Eine spätere Aufnahme in die NATO ist das hauptsächliche sicherheitspolitische Ziel der Slowakei. Die Regierung hat den Aufnahmeantrag in einem Projekt unter dem Titel "Annäherung an die NATO" vorbereitet. Es wurde von einer interministeriellen Kommission ausgearbeitet, der Vertreter des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums und des Finanzministeriums angehörten, und "es fügt sich organisch in die Schaffung eines neuen europäischen Sicherheitssystems ein."¹ Darüber hinaus intensivierte die Slowakei im ersten Jahr nach der Unabhängigkeit ihre Aktivitäten im Nordatlantischen Kooperationsrat (NACC), sie nahm an Tagungen der Nordatlantischen Versammlung teil und unterzeichnete am 9. Februar 1994 das Abkommen "Partnerschaft für den Frieden" mit der NATO. Weiter gefestigt wurde die Anbindung der Slowakei an die NATO, als US-Präsident Clinton am 2. November 1994 das Gesetz über die Beteiligung an der NATO ("NATO Participation Act of 1994") unterzeichnete, das jedoch keinerlei Hinweis auf ein mögliches Beitrittsdatum enthielt. Auch in der WEU erlangte die Slowakei den Status eines assoziierten Mitglieds.

Bis in die jüngste Zeit hinein hat sich keine der größeren Parteien in Regierung und Opposition gegen die Anträge der Slowakei auf Mitgliedschaft in der EU und der NATO ausgesprochen. Nach den Wahlen vom September/Okttober 1994 hat sich das etwas geändert. Unter den Parteien, die größere Stimmengewinne verzeichneten, ist die Vereinigung slowakischer Arbeiter, die die Zahl ihrer Sitze von einem auf zwölf steigern konnte. Sie wurde der linke Koalitionspartner von Mečiar's Bewegung für eine demokratische Slowakei. Auf einem Treffen ihres Zentralrats am 28. Januar 1995 forderte die Führung der Partei ein Referendum über die Mitgliedschaft in der NATO und der EU. Es ist nicht ganz klar, ob die Parteiführung nur politisch einige Punkte gegenüber ihrem größeren Koalitionspartner sammeln wollte oder ob sie eine bestimmte politische Strömung in der Slowakei repräsentiert, die hauptsächlich ehemalige Kommunisten anspricht. Ebenso wenig ist zu sehen, was die Partei als Alternative zu diesen beiden Institutionen anbieten will.

Weitere bedeutendere Initiativen sind die Verbindung der Slowakei mit der EFTA, die durch ein am 19. April 1993 in Genf unterzeichnetes Protokoll über Nachfolge erreicht wurde, und die Mitgliedschaft in der Mitteleuropäischen Initiative, die das Land automatisch mit der Unabhängigkeit erhielt. Keine dieser beiden Verbindungen ist Gegenstand größerer politischer oder wirtschaftlicher Aktivitäten der Slowakei, sie bilden lediglich zusätzliche internationale Foren, auf denen slowakische Interessen vertreten werden.

Die Verteidigungsdoktrin

Die außenpolitischen Ziele der Slowakei fanden ihren Niederschlag in einer Verteidigungsdoktrin, die im März 1994 von der slowakischen Regierung verabschiedet wurde. Darin wurde festgehalten, daß "die Slowakische Republik sich nicht unmittelbar bedroht fühlt, sich aber in der gegenwärtigen militärisch-politischen Lage das Recht und die Fähigkeit vorbehält, sich gegen jede militärische und nichtmilitärische Bedrohung zu verteidigen."² Die Doktrin bestätigt die Orientierung der slowakischen Verteidigungspolitik auf die transatlantischen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Strukturen des Westens, proklamiert das Prinzip der Verteidigung der

¹ Report on the Implementation of the Task and Present Objectives in the Foreign Policy of the Slovak Republic 1993-1994, Bratislava: Press and Information Department, 1994, S. 1.

² The Slovak Republic's Defense Doctrine, in: Slovak Government Information Bulletin Nr. 35/1994.

territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit und Unveränderlichkeit der Staatsgrenzen und erklärt darüber hinaus, daß die Slowakei unter keinen Umständen einen bewaffneten Konflikt beginnen werde: "Sie sieht keinen Anlaß für einen solchen Schritt, sei es aus politischen, territorialen, historischen, nationalen, wirtschaftlichen oder sozialen Gründen."¹

Die Aufgabe, das slowakische Territorium zu verteidigen, wird der slowakischen Armee übertragen, deren Größe den Prinzipien der ausreichenden Verteidigung und dem Erfordernis vernünftiger Abschreckung entspricht. Gemäß den Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft in Weltgremien ergeben, hat die slowakische Armee auch Truppen und Beobachter für ausgewählte UNO-Friedensmissionen zur Verfügung gestellt, insbesondere ein technisches Corps von insgesamt 600 Mann für die UNPROFOR. Beobachter wurden nach Angola (UNAVEM), Liberia (UNOMIL), Uganda/Ruanda (UNOMUR) und in den Irak (UNGCI) entsandt. Mit der Aufnahme der Slowakei in das Programm "Partnerschaft für den Frieden" begann die slowakische Armee, die zur allmählichen Eingliederung in die NATO-Strukturen erforderlichen Veränderungen vorzunehmen, unter anderem arbeitete sie die hauptsächlichsten strategischen und operativen Prinzipien aus, organisierte die Grundeinheiten nach dem Brigade-System neu, modernisierte allmählich ihre Waffensysteme und die Befehls-, Leit- und Kommunikationssysteme und reorganisierte das Ausbildungssystem. Gemäß den Wiener KSE-Vereinbarungen hat die slowakische Armee auch Personal abgebaut, ihre Stärke soll bis November 1995 nur noch insgesamt 46 667 Offiziere und Mannschaften betragen. Am 16. Januar 1995 stimmte die Slowakei zusammen mit den anderen drei Visegrád-Staaten - Tschechische Republik, Ungarn und Polen - einem Vorschlag des Pentagon unter der Bezeichnung "Regionale Luftraum-Initiative" zu, deren Absicht der Aufbau eines gemeinsamen Luftverteidigungs- und Luftverkehrskontrollsystems ist, wofür die USA 25 Mio. Dollar zugesagt haben.

Wirtschaftliche Entwicklung

Während das erste Jahr der Unabhängigkeit im Zeichen der Konsolidierung gestanden hatte, war das zweite - 1994 - ein Jahr der politischen Instabilität. Mit dem Rücktritt des Außenministers Jozef Moravčík im März zerbrach die Koalitionsregierung. Paradoxerweise hatte der Sturz der Regierung Mečiar außer einigen kritischen Reaktionen in der westlichen Presse keine negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistung der Slowakei. Im Gegenteil, die Wirtschaft ließ Beobachter staunen: "Die Slowakei etabliert sich heimlich als eine der schneller wachsenden Wirtschaften in Osteuropa, die nach mehreren Jahren des Rückgangs nun um 4 Prozent expandiert. Entgegen allen Erwartungen verzeichnet die neue Nation eine beeindruckend niedrige Inflationsrate, finanzielle Stabilität, lebhafte Aktienbewegungen und florierende Westexporte."² Ein guter Teil der Unterstützung, die die Slowakei von internationalen Finanzinstitutionen erhielt, ist der von März bis Dezember 1994 amtierenden Regierung Moravčík anzurechnen. Im Juli 1994 sagte der Internationale Währungsfonds (IMF) ein Darlehen in Höhe von 263 Mio. US-Dollar für die wirtschaftliche Erneuerung und allgemeine Stabilisierung der Slowakei zu. Es soll der Unterstützung der Devisenreserven und der Zahlungsbilanz sowie der Aufrechterhaltung der inneren Konvertierbarkeit

¹ Ebenda.

² Dana Milbank, How the Slovaks Have Taken Flight, in: The Wall Street Journal, 30.11.1994 (nachgedruckt in: The Globe and Mail [Toronto], 5.12.1994).

der slowakischen Krone dienen. Die Gewährung des Darlehens in voller Höhe hängt davon ab, ob die Slowakei sich an bestimmte makroökonomische Richtlinien des IMF hält. Im September stellte die Europäische Investitionsbank der Slowakei 300 Mio. ECU zur Verfügung, mit denen das Fernmeldewesen und die Luftnavigation verbessert werden sollen, und im Januar 1995 beschlossen die EU-Finanzminister, ein Darlehen in Höhe von 130 Mio. ECU zur Regulierung der Handelsbilanz zu gewähren. Allem Anschein nach wird die Mitte Dezember gebildete neue Regierung Mečiar die außen- und wirtschaftspolitischen Ziele ihrer Vorgänger weiter verfolgen.

Beziehungen zu den Nachbarstaaten

Die Slowakei hat mit den meisten ihrer Nachbarn positive Beziehungen aufrechterhalten können. Reibungen gab es lediglich mit Ungarn, was zum Teil an der Politik Budapests bezüglich der ungarischen Minderheiten außerhalb des Landes lag. Aber auch der Umgang der Slowakei mit ihrer ungarischen Minderheit ist nicht problemlos gewesen und drohte sich fast zu einem regionalen Problem auszuwachsen. Äußerungen von Repräsentanten der in der Slowakei lebenden Ungarn wie auch von einigen slowakischen Politikern vom rechten Rand des politischen Spektrums haben die politischen Spannungen häufig zusätzlich angeheizt. In der Frage der Namen und Straßenschilder konnte die slowakische Regierung dieses brisante Thema durch eine neue Gesetzgebung entschärfen, nachdem sie es zunächst versäumt hatte, hier mit äußerstem Feingefühl vorzugehen und so unerwünschte internationale Aufmerksamkeit, besonders von seiten des Europa-Rats, auf sich gezogen hatte. Sie führte auch bilaterale Gespräche mit der ungarischen Regierung. Am 1. Februar 1995 unterzeichneten die Slowakei und Ungarn in Straßburg die Europäische Konvention zum Schutz nationaler Minderheiten. Ein Grundvertrag zwischen beiden Ländern steht kurz vor der Fertigstellung und dürfte vor Ende März unterzeichnet werden. Der Vertrag enthält Bestimmungen über die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und den Verzicht auf territoriale Ansprüche und bestätigt die allgemeinen Prinzipien der Minderheitenrechte. In einer weiteren Streitfrage, betreffend den Donau-Staudamm Gabčíkovo-Nagymaros, der nach Ansicht der ungarischen Regierung schwerwiegende Umweltprobleme auf der ungarischen Seite verursacht, sind beide Seiten übereingekommen, die Frage dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorzulegen. Vorerst bemüht sich die slowakische Regierung, einige der ungarischen Klagen zu berücksichtigen, die sich aus der slowakischen Entscheidung für einen Abschluß der ersten Bauphase des Staudamms, eines gemeinsamen ungarisch-tschechoslowakischen Projekts, von dem Ungarn sich 1990 zurückzog, ergeben.

Seit dem Zusammenbruch des Kommunismus unterhält die Slowakei ausgezeichnete Beziehungen zu Österreich, das mit 25,4 Prozent der Gesamtinvestitionen für 1993 einer der hauptsächlichen europäischen Investoren in der Slowakei ist. Diese Beziehungen sind gegenwärtig einer Belastungsprobe unterworfen. Es geht dabei um das Atomkraftwerk Mochovce, das unter der kommunistischen Regierung mit sowjetischer Technologie errichtet wurde. Die Betreiber *Slovenske Elektrarne* und *Electricité de France* beschlossen, bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ein Darlehen in Höhe von 612 Mio. Dollar zur Modernisierung der 120 km von Wien nahe der ungarischen Grenze gelegenen Anlage zu beantragen. Beide Firmen weigerten sich aber, an einer öffentlichen Anhörung in Wien im Januar 1995 teilzunehmen. Das führte zu einer scharfen Reaktion im österreichischen Parlament, das am 9. Februar 1995 einstimmig

beschloß, die Regierung zu bitten, einen Rückzug aus der EBRD zu erwägen, falls die Bank entscheiden sollte, der Slowakei das zur Beendigung des Projekts benötigte Darlehen zu gewähren. Am 14. Februar sagte Ministerpräsident Meeiar während eines Besuchs seines russischen Amtskollegen Tschernomyrdin in Bratislava, die Anlage werde zuende gebaut werden, auch wenn die EBRD das Darlehen nicht gewähren sollte. Am Tag zuvor hatten Rußland und die Slowakei ein Abkommen unterzeichnet, worin vereinbart wurde, daß Rußland Finanzmittel, Technologien und nukleare Brennstoffe für die Anlage in Höhe von 150 Mio. US-Dollar zur Verfügung stellen sollte.

Herausforderungen und Bedrohungen

In seiner Rede vor dem NATO-Rat sagte Präsident Kováč, eine der größten Herausforderungen, vor denen die NATO derzeit stehe, sei "ein neues Verhältnis zu Rußland und zur Ukraine, eine Partnerschaft, die sowohl die europäische als auch die globale Sicherheit stärkt."¹ Wenn es in der Slowakei ein ungutes Gefühl hinsichtlich der Zukunft gibt, dann geht es von diesen beiden Ländern aus. Beide besitzen Atomwaffen, und Rußland werden regionale Ambitionen unterstellt. Im Hinblick darauf versuchte Präsident Kováč herauszustellen, daß allein die NATO einer Herausforderung von dieser Seite standhalten könne und daß nur eine NATO-Mitgliedschaft die Slowakei davor bewahren kann, von zukünftigen Bedrohungen der europäischen Sicherheit betroffen zu sein. Ansonsten unterhält die Slowakei weiterhin gute Beziehungen sowohl zur Ukraine als auch zu Rußland, die auf starken wirtschaftlichen Bindungen beruhen, auch wenn diese nicht so stark und so wichtig sind wie die zu den EU-Ländern. Während des zweitägigen Besuchs des russischen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin am 13./14. Februar 1995 wurden zwölf Abkommen zwischen beiden Ländern unterzeichnet.

Die Slowakische Republik ist auch mit Herausforderungen und Bedrohungen konfrontiert, die sich nicht von denjenigen unterscheiden, denen die meisten entwickelten Länder ausgesetzt sind: internationaler Terrorismus und Kriminalität, ökologische Probleme, Massenmigration, Drogen, AIDS und unkontrollierte Waffentransporte. Die Slowakei hat versucht, diese Probleme, die als latente bzw. verborgene Bedrohungen angesehen werden, durch Abkommen mit anderen Ländern und internationalen Körperschaften in den Griff zu bekommen. Als unmittelbare Bedrohungen gelten diejenigen, die eine Folge der politischen Situation in Europa sind, "einer Region mit beschleunigter Integration im Westen, langsamer Desintegration im Osten und einer Mitte auf der Suche nach sich selbst."² Bei diesen unmittelbaren Bedrohungen handelt es sich um extremen Nationalismus und ethnische Säuberungen, um die instabile Situation in einigen Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie den Konflikt auf dem Balkan. Keiner dieser Faktoren stellt eine direkte Bedrohung für die Slowakei dar, aber sie alle bilden ein Potential für regionale Instabilität. Die Politik der Slowakei besteht darin, mit der UNO und den europäischen Institutionen zusammenzuarbeiten, um zu verhindern, daß hieraus ernsthafte Probleme erwachsen.

Slowenien

von Gustav E. Gustenau

Die allgemeine außen- und sicherheitspolitische Lage

¹ Kováč, a.a.O., S. 17.

² Narodne zaujmy a bezpečnost Slovenskeje Republike, in: Armada Slovenskeje Republike, Nr. 2/1994, S. 23.

Trotz aller innenpolitischen Differenzen bezüglich der ansatzweise erkennbaren Polarisierung zwischen konservativen (sozialistischen) und westlich orientierten Kräften¹ - dürfte über den generellen weiteren außenpolitischen Kurs und die wesentlichen Bedrohungsszenarien weitestgehender Konsens unter allen politischen Kräften bestehen. Unbestritten und von oberster Priorität dürfte somit neben der Festigung der demokratischen Strukturen die Bewahrung der Unabhängigkeit und die "Westintegration" der Republik sein. Da sich Slowenien sowohl als Konsequenz der nationalen Selbstfindung als auch der geostrategischen Standortbestimmung mit Nachdruck dem mitteleuropäischen Raum zugeordnet sehen will, liegt die wohl größte Bedrohung für die Republik darin, daß die Staatengemeinschaft Slowenien nach wie vor als Balkanstaat oder gar als in den jugoslawischen Einflußbereich zählenden Staat betrachtet.²

Höchste Priorität neben der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen und im Europarat besitzt die Annäherung an die Europäische Union, mit der am 1. Oktober 1994 ein erstes Kooperationsabkommen geschlossen werden konnte. Nach Meinung des Außenministers, Lojse Peterle, sollte Slowenien nach einer Übergangs- und Anpassungsphase bis zum Jahr 2001 mit Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union begonnen werden.³ Präsident Kučan warnte in diesem Zusammenhang etwa im Dezember 1993 sehr deutlich davor, daß Slowenien bei der Erweiterung der Europäischen Union oder der von NATO und WEU entwickelten Kooperationsformen übergangen werden könnte.⁴ Mit Nachdruck betonte Kučan, daß Slowenien auch nicht mit Kroatien oder gar mit den anderen Nachfolgerepubliken des ehemaligen Jugoslawien in einen Topf geworfen werden könne und bedauerte, daß nach Meinung des Westens den Visegrád-Staaten offensichtlich Priorität bei der Einbindung in die vom Westen offerierten Sicherheitssysteme eingeräumt werde. Dabei sei gerade die Einbeziehung Sloweniens in die westlichen Sicherheitssysteme und die Teilnahme am wirtschaftlichen Integrationsprozeß die Voraussetzung, Slowenien als stabilen und fest verankerten Teil Mitteleuropas einzugliedern.⁵

Immerhin konnten bis in das Frühjahr 1994 wesentliche Schritte in die angestrebte Richtung unternommen werden. So konnte die Kommission der Europäischen Union am 27. April 1994 eine Empfehlung an den Rat erlassen, in der sie der Aushandlung eines "europäischen Abkommens" mit Slowenien zustimmte. Parallel dazu billigte die Kommission eine Erklärung, mit der sie - im Geiste der laufenden bilateralen Verhandlungen mit Italien und Slowenien - die Auffassung vertrat, daß die Gespräche mit der Gemeinschaft die zweiseitigen Beziehungen positiv beeinflussen könnten und Slowenien eine unterschiedliche Behandlung zwischen den Unionsbürgern in bezug auf Kapitalbewegungen und Investitionseigentum auf jeden Fall vermeiden wird.⁶ Mit dem "Europa-

¹ Im Frühjahr 1994 wurde die Polarisierung der Bevölkerung im Zuge des Absetzungsverfahrens von Verteidigungsministern Janša besonders deutlich.

² Für diesbezügliche Irritationen sorgte etwa die amerikanische Sonderbotschafterin Madeline Albright im Jänner 1994, als sie im Zuge der von ihr überbrachten Einladung, am NATO-Projekt "Partnership for Peace" teilzunehmen, Slowenien als "Balkanstaat" bezeichnete.

³ S. Steiger, Cyrill: Sloweniens Drang nach Europa. In: NZZ v. 11.2.1994, S. 4.

⁴ S. FAZ v. 6.12.1993, S. 6.

⁵ Die Befürchtung war nur zum Teil berechtigt. Denn gerade was die wirtschaftliche Integration betraf, war Slowenien bis in das Frühjahr 1994 jenes Land, das unter allen Reformländern mit Abstand über die höchste Investitionsquote verfügte. S. dazu FAZ v. 16.10.1993, S. 3.

⁶ S. Agence Europe, Brüssel, 28.4.1994.

Abkommen" sollte das einfache Handels- und Kooperationsabkommen abgelöst werden. Es war vorgesehen, alle Handelshemmnisse schrittweise zu beseitigen, die Zusammenarbeit zu vertiefen und zu erweitern sowie einen ständigen politischen Dialog zu führen. Der Entwurf der Kommission veranlaßte allerdings Italien zu einer Obstruktionspolitik, die ein umfassendes Gemeinschaftsabkommen solange nicht verhandelt sehen wollte, bis die bilateralen slowenisch-italienischen Probleme gelöst sind. Nach Meinung der Europäischen Union sollte aber gerade das genannte Abkommen zur Lösung der Probleme beitragen, da es einen allgemeinen Grundsatz der Nichtdiskriminierung, der Niederlassungsfreiheit, des Investitionsschutzes usw. beinhalten würde. Darüber hinaus sollten die Minderheitenrechte entsprechend den allgemeinen Menschenrechtsbestimmungen und Demokratiegrundsätzen garantiert werden. Nach Meinung der in Brüssel zuständigen Beamten könnte aufgrund der Erfahrung mit der Durchführung des derzeitigen Abkommens die Dauer der mit dem "Europa-Abkommen" zunächst geplanten Übergangszeit von sieben Jahren sogar verkürzt werden.¹ Erklärtes Ziel bleibt nach den Worten von Präsident Kučan jedenfalls die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union.²

Neben den wirtschaftspolitischen Erwägungen und dem grundsätzlichen Bestreben, nicht als Teil des Balkans sondern Mitteleuropas gewertet zu werden, stehen sicherheitspolitische Erwägungen im Zentrum der slowenischen Außenpolitik. Es mag eines der großen Verdienste des ehemaligen Verteidigungsministers Janez Janša gewesen sein, gegen erhebliche Widerstände des politischen Gegners die Annäherung an die NATO doch zu realisieren. Die Unterzeichnung des Partnership for Peace-Abkommens am 30. März 1994 wurde von Ministerpräsident Janez Drnovšek denn auch als historisches Ereignis gewertet, da Slowenien nun in die westlichen Demokratien integriert sei.³ Tatsächlich dürfte der Sicherheitsgewinn durch das Partnerschaftsprogramm wie bei allen ehemaligen Reformländern eher gering sein, wurden doch seitens der NATO keinerlei Schutzgarantien abgegeben. Auch die konkreten Kooperationsfelder werden sich vorerst bescheiden ausnehmen, da das slowenische Verteidigungssystem aufgrund des nach wie vor geltenden Waffenembargos gegen alle Republiken des ehemaligen Jugoslawien wie auch des geringen Verteidigungsbudgets erhebliche Schwächen insbesondere im Bereich des schweren Rüstungsgerätes aufweist. Mit Nachdruck forderte Minister Janša daher bis zu seiner Abberufung, die Mittel für den Verteidigungshaushalt auf ein solches Niveau zu führen, daß in absehbarer Zeit zumindest in Teilbereichen die Kompatibilität mit den Verteidigungssystemen der NATO herbeigeführt werden kann.⁴ Dazu müsse aber eines der Haupthindernisse, das Waffenembargo, beseitigt werden. Janša wie auch sein Nachfolger Jelko Kacin forderten bislang vergeblich eine Aufhebung des Embargos, da sonst der Aufbau einer Luftraumverteidigung überhaupt nicht möglich sein würde.⁵

Partnerschaftliches Verhältnis zu Österreich

Aus der Sicht Sloweniens dürfte Österreich wohl einer der wichtigsten Partner sein, der Slowenien

¹ S. Agence Europe, Brüssel, 27.4.1994.

² S. APA-Interview mit Präsident Kučan am 22.3.1994 (APA245 v.22.3.1994).

³ S. Reuters News Service v. 30.4.1994.

⁴ S. STA-Interview mit Verteidigungsminister Janša in Laibach am 4.3.1994.

⁵ Für die nächsten acht Jahre ist ein Investitionsvolumen von einer Milliarde DM für die Luftraumverteidigung vorgesehen. Damit sollen Radaranlagen, Abwehrsysteme und rund 24 Abfangjäger angeschafft werden. S. Interview mit Jelko Kacin im Standard v. 4./5. 6.1994, S.3.

auf dem steinigen Weg in die Europäische Union beistehen soll, um so mehr als das Beitrittsreferendum in Österreich am 12. Juni 1994 sehr deutlich für einen Beitritt entschieden wurde und der Vollbeitritt am 1. Januar 1995 erfolgte. Im wesentlichen geklärt werden konnte die gelegentliche Mißstimmung über die Ambitionen Sloweniens, als Nachfolger des ehemaligen Jugoslawien die Rolle einer Signatarmacht im Österreichischen Staatsvertrag und damit einer Schutzmacht für die slowenische Minderheit in Kärnten zu übernehmen. Nach den diesbezüglichen Klarstellungen durch den österreichischen Außenminister Mock wie auch durch Bundeskanzler Vranitzky¹ machte auch Bundespräsident Klestil anlässlich seines ersten offiziellen Besuches bei Präsident Kučan in Laibach deutlich, daß "der Staatsvertrag erfüllt" sei.² Darüber hinaus sprach er von der großen Bedeutung eines Beitritts Österreichs zur Europäischen Union für die Nachbarstaaten und von der Mitverantwortung, die Österreich diesbezüglich habe.³ Unter diesen Rahmenbedingungen ist generell eine Zurückstufung der Minderheitenfrage auf der Prioritätenliste der bilateralen Beziehungen zugunsten eines Engagements Österreichs für eine rasche Integration Sloweniens in die Europäische Union zu erwarten.

Der italienisch-slowenische Konflikt

Der Konfliktgegenstand kam aufgrund zweier Ursachen nach langer Latenz wieder zum Vorschein: Erstens war mit der Eigenstaatlichkeit die Frage der Rechtsnachfolge des ehemaligen Jugoslawien in bezug auf die italienisch-jugoslawischen Abkommen zu lösen und zweitens wurden im Zuge der innenpolitischen Veränderungen in Italien revisionistische Forderungen immer stärker artikuliert.⁴ Nach der Sezession Sloweniens erklärte sich die Republik bereit, zur Erfüllung der Osimo-Verträge von der von Jugoslawien im Jahr 1984 mit 110 Millionen US-Dollar festgelegten Entschädigung den verhältnismäßig großen Anteil von 30 Millionen Dollar zu übernehmen. Italien blieb aber nicht nur bis zuletzt die Nennung eines Bankkontos schuldig, sondern es änderte auch die Ansprüche gegenüber Slowenien. Im Zuge der Revision der Osimo-Verträge sollten nun auch die Vertriebenen das Recht auf den Erwerb ihrer Güter erhalten, was nach der slowenischen Verfassung verboten ist. Seitens einiger Abgeordneter der neofaschistischen Alleanza Nazionale, die seit Mai 1994 in der neuen Regierung unter Silvio Berlusconi vertreten ist, wie auch des Vertriebenenanwalts und Präsidenten der Provinz Triest, Sardo Albertini, wird die privatrechtliche Restitution des Grundbesitzes bis hin zu einer Revision der Grenze gefordert.⁵ Letzteres wurde öffentlich allerdings bislang nur von den Neofaschisten ausgesprochen, die mit dem Abgeordneten Mirko Tremaglia seit dem 25. Mai den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses im Parlament stellen, während die Vertreter der Lega Nord und Berlusconis "Forza Italia" vor allem für die Rechte der italienischen Minderheit eintraten.⁶ Berlusconi selbst beteuerte bis zuletzt seinen Willen, an den Osimo-Verträgen prinzipiell festhalten zu wollen.⁷ Umstritten ist auch die Stärke der Vertriebenen. Während Italien von über 350.000 ausgeht, ist Slowenien lediglich bereit, rund 100.000 sog. "Esuli" als Vertriebene anzuerkennen. Die slowenische Regierung stellt sich auf den Standpunkt des Prinzips "pacta sunt

¹ ibidem.

² S. Die Presse v. 31.5.1994.

³ S. NZZ v. 2.6.1994.

⁴ Stamm, Rudolf: Sloweniens Standpunkt im Konflikt mit Italien. In: NZZ v. 15.6.1994, S. 5.

⁵ S. Stamm, Rudolf: Opportunistische Haltung Roms in der Istrien-Frage. In: NZZ v. 23.7.1993.

⁶ S. Die Presse v. 30.4.1994.

⁷ S. RAI Due TV, Rom 26.5.1994, 21.35 Uhr.

servanda", daß sowohl die Osimo-Verträge als auch das mit dem damaligen italienischen Außenminister Andreatta im August 1993 geschlossene Abkommen, in dem er die Unterstützung Sloweniens bei seinen Annäherungsbemühungen zur Europäischen Union, zur WEU und zur NATO zusagt, nicht in Frage gestellt werden dürfen. Darüber hinaus wurden den Vertriebenen die Nutzungsrechte für ihre ehemaligen Grundstücke auf 99 Jahre angeboten. Die rund 2.500 bis 3.000 Menschen umfassende italienische Minderheit in Slowenien wurde nach der alten wie der neuen Verfassung mit umfangreichen Minderheitenrechten bedacht.¹ Die Eigenstaatlichkeit Sloweniens und Kroatiens führte allerdings dazu, daß die italienische Minderheit in beiden Staaten getrennt wurde, was den ehemaligen italienischen Außenminister De Michelis veranlaßte, die Schaffung einer autonomen Zone Istrien vorzuschlagen. Nicht ganz zu Unrecht wird dies in Slowenien als Versuch der Ausweitung der italienischen Einflußsphäre gewertet. Außenminister Peterle wehrte sich in diesem Zusammenhang gegen alle Versuche, eine "Supra-Staats-Region" zu schaffen.²

Zur Durchsetzung ihrer Forderungen blockierte die italienische Regierung am 27. Mai 1994 die Aufnahme Sloweniens auf jene von der Europäischen Union angefertigte Liste, auf der bestimmte Reformländer als potentielle EU-Mitglieder aufgenommen wurden. Nach Angaben des Außenministers Antonio Martino sollte die italienische Obstruktion solange andauern, bis alle bilateralen, die Minderheitenfragen betreffenden Probleme ausgeräumt sind.³ Die Möglichkeiten Sloweniens, den italienischen Forderungen aus eigener Kraft entgegenzutreten, sind eher gering. Zwei Stoßrichtungen zeichnen sich allerdings ab. Einerseits wird versucht, über Verbündete in der EU, die über Möglichkeiten einer Einflußnahme auf Italien verfügen, ein Einlenken Italiens herbeizuführen. Andererseits begann die slowenische Regierung im Gegenzug, verbesserte Minderheitenrechte der rund 100.000 Slowenen in Italien und Ausgleichszahlungen für die Opfer der faschistischen Okkupation einzufordern. Ministerpräsident Drnovšek wies Anfang Juli darauf hin, daß es in Italien zehnmal mehr Slowenen als Italiener in Slowenien gibt und meinte diesbezüglich: "Wir machen nicht viel Lärm um dieses Thema, aber wahrscheinlich werden wir es tun, wenn sich Italien weiter so benimmt".⁴ So sehr sich die Fronten auch in den letzten Monaten verhärtet haben, es gibt derzeit keine seriösen Anzeichen dafür, daß der Konflikt anders als mit diplomatischen Mitteln beigelegt werden könnte. Zuletzt zeichnete sich ein koordiniertes Vorgehen mit Kroatien gegen Italien ab, wie dies anlässlich des Präsidententreffens Kuèan-Tudjman am 7. Juni 1994 zum Ausdruck kam: "Die Feinde unserer Feinde sollten unsere Freunde sein", meinte er als er die Festigung der slowenisch-kroatischen Beziehungen mit einer Anspielung auf den gemeinsamen Gegner Italien beschwor.⁵

Der slowenisch-kroatische Konflikt

Das "Hauptproblem" zwischen Slowenien und Kroatien ist nach den Worten von Präsident Kuèan nach wie vor die Grenzziehung in der Bucht von Piran, wobei klar sein müsse, was Slowenien anstrebe: "Freien Zugang zur offenen See".⁶ Aufgrund der aktuellen Grenzziehung laufen die

¹ ibidem.

² S. Radio Slovenia, Laibach am 28.4.1994 13.30 Uhr zit. nach BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans v. 30.4.1994.

³ S. Reuters News Service v. 29.5.1994.

⁴ S. Agence Europe, Brüssel, 1.6.1994.

⁵ S. Reuters News Service v. 7.6.1994.

⁶ APA 421 v. 8.6.1994.

Schiffahrtsrouten von und nach Slowenien durch italienische oder kroatische Hoheitsgewässer. Allein im Jahr 1992 wurden die slowenischen Hoheitsgewässer von Schiffen der kroatischen Marine 69 Mal verletzt, ein Vorgang, der sich auch zu Jahresanfang 1994 fortsetzte. Daneben nannte Kučan noch Probleme des öffentlichen und privaten Eigentums in der jeweiligen Republik, die Finanzierung des gemeinsamen Atomkraftwerkes Krško sowie Fragen des kleinen Grenzverkehrs als offene Fragen. Immerhin konnten mit der Unterzeichnung von sechs Abkommen am 7. Februar 1994 die wesentlichsten Streitfragen in Wirtschaftsangelegenheiten geregelt werden, nicht jedoch die noch offenen Grenzfragen - neben der Bucht von Piran auch der Grenzverlauf am Berg Sveta Gora, auf dem sich eine Beobachtungsstation der ehemaligen Volksarmee befindet, die von der slowenischen Armee im Krieg besetzt wurde.¹ Keine Einigung konnte diesbezüglich auch beim Präsidententreffen am 7. Juni 1994 in Zagreb erzielt werden, dessen Verlauf von einem nicht gerade freundschaftlichen Ton geprägt war. Einigkeit bestand darüber, daß die noch offenen Fragen so rasch als möglich und auf dem Verhandlungsweg gelöst werden sollten.²

Die militärische Sicherheit

Obwohl Versuche, einen südslawischen Staat unter serbischer Hegemonie mit militärischen Mitteln zu restituieren, derzeit eher unwahrscheinlich sind, besitzt der Krieg im ehemaligen Jugoslawien nach wie vor das größte militärische Bedrohungspotential für Slowenien.³ Eine Eskalation der Kämpfe an der serbisch-kroatischen Front, die etwa im Bereich Karlovac nur wenige Kilometer von der slowenischen Grenze entfernt ist, könnte Teile Sloweniens wieder zum Kriegsschauplatz machen. Im Hintergrund aller strategischen Überlegungen steht aber nach wie vor die zukünftige Rolle Rußlands. Mit der Formulierung der neuen russischen Militärdoktrin sieht sich Slowenien einerseits als "Frontstaat" zu jenen ehemaligen WVO-Staaten, die Rußland zu seiner Interessensphäre zählt, und andererseits wurde anhand der innenpolitischen Entwicklung in Rußland wie auch im Verlauf des Krieges im ehemaligen Jugoslawien deutlich, daß Serbien zunehmend die Rolle übernommen hat, russische Interessen auf dem Balkan zu wahren.

Die Fundamente des Verteidigungssystems sind die slowenische Territorialverteidigung (slowenische Armee) und die zivile Verteidigung. Letztere ist Angelegenheit der gesamten zivilen Gesellschaft und umfaßt Maßnahmen zur Vorsorge für Kriegszeiten auf allen staatlichen Ebenen, die psychologischen, wirtschaftlichen und nicht-militärischen Formen der Verteidigung sowie die materielle Unterstützung der Armee.⁴ Die slowenische Armee wurde als Wehrpflichtigenarmee mit einem Präsenzstand von bis zu 12.500 Mann (15.000 Wehrpflichtige auf zwei Einrückungstermine verteilt plus rund 5.000 Berufssoldaten) und einem Reservistenanteil von rund 85.000 Mann installiert. Die Armee ist aufgrund ihrer Gliederung in raumbundene Kräfte und einem kleineren Anteil an mobilen Kräften wie auch der materiellen Ausstattung rein defensiv organisiert. Sie verfügt über etwas mehr als 150 Panzerfahrzeuge, 120 Geschütze und 8 Hubschrauber. Das Kampfverfahren wird als "aktive Verteidigung" verstanden im Sinne einer Kombination aus

¹ S. Stieger, Cyrill: Slowenisch-kroatische Dissonanzen. In: NZZ v. 2.2.1994.

² BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans v. 9.6.1994.

³ S. Žabkar, Anton: Changes in Slovenia's strategic environment and the emergence of new threats to national security. In: Studies and Reports 2/1994. Hrsg. von der Landesverteidigungsakademie, Wien 1994.

⁴ S. Janša, Janez: The slovenian defence system today and tomorrow. Vortragsmanuskript der internationalen Konferenz "Civil-Military Relations in a Democracy" in Ljubljana-Bled, 10.-11.3.1994, S. 10.

Raumverteidigung und Partisanenkampf mit Elementen einer "konventionellen Verteidigung" im starken Gelände. Für letzteres sind insbesondere die sieben bis neun mobilen Jägerbrigaden und die beiden Panzerbataillone vorgesehen.

Die geringen Ressourcen des Landes setzen der Verteidigungskapazität jedoch deutliche Grenzen. Weder verfügt die Republik über ausreichende Luftverteidigung noch über eine genügende Anzahl an modernen schweren Waffen.¹ Die noch im Jahr 1991 für den Aufbau der Armee vorgesehenen drei bis vier Prozent des BSP wurden nie zur Verfügung gestellt, was wiederholt zu Kontroversen zwischen dem Verteidigungsminister und dem Regierungschef führte.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Slowenien mit der Herausforderung konfrontiert ist, die Gefahren eines zunehmend instabiler werdenden Balkans von sich fernzuhalten.² Die Dynamik der Veränderungen ist Folge der Beseitigung der ehemaligen sozialistischen Systeme, der Auflösung der strategischen tripolaren "Balance" - gebildet von der Südostflanke der NATO, den WVO-Staaten Bulgarien und Rumänien sowie den blockfreien Staaten Albanien und Jugoslawien - und letztlich der scheinbaren Isolierung des Balkans von Zentraleuropa. Die Lösung der Sicherheitsprobleme Sloweniens kann in diesem strategischen Umfeld daher weder in einer neuen Politik der Blockfreiheit oder gar in einer neuen Allianz mit den ehemaligen jugoslawischen Republiken liegen, sondern in einer engen Kooperation mit den westlichen Bündnissystemen und einer Integration in die EU.

Tschechien

von Jan Pauer

Das Unbehagen im Sicherheitsvakuum

Obwohl eine klare Definition von Bedrohung oder gar Feinden schwieriger geworden ist, sind die Bedrohungspotentiale, die die Sicherheit eines kleinen, auf sich gestellten Staates im Zentrum Europas in Frage stellen können, sowohl nach der Meinung der politischen Eliten als auch der Bevölkerung der ÈR nach wie vor beträchtlich. Laut Umfragen glaubten im Februar 1994 43% der Prager Bürger, daß die ÈR mittel- und langfristig, 18,5%, daß sie akut bedroht sei.³ Die erst in Vorbereitung befindliche neue Sicherheitsdoktrin der ÈR geht von einem komplexen Sicherheitsbegriff aus, der militärische, ökonomische, soziale und ökologische Aspekte umfaßt. Die beschriebenen Gefahrenpotentiale erstrecken sich auf Phänomene wie atomare Erpressung, internationale Kriminalität oder sozialer Friede.⁴ Die ÈR hatte in den vier vergangenen Jahren einen Systemwechsel, den Zusammenbruch des RGW-Marktes, eine Ölkrise und die Teilung des Staates zu bewältigen. Dies weckt zusammen mit den innenpolitischen "Risiken der Übergangsphase" den Wunsch nach Einbindung in ein intaktes Sicherheitssystem.

Angst vor Nationalismus und Zerfall demokratischer Werte

¹ Im Juni 1994 wurde inoffiziellen Quellen zufolge über den Ankauf von bis zu 24 israelischen Kfir Kampfflugzeugen mit modernster Avionik entschieden.

² S. Žabkar, a.a.O., S. 22f.

³ Lidové noviny (LN), 1.2.1994.

⁴ Bezpečnostní politika ÈR. Unor 1994. Diskussionspapier des Instituts für internationale Angelegenheiten, Prag.

Die Gefahr, daß der Problemdruck der Transformationsphase in den postkommunistischen Staaten und die fehlende Einbindung in neue internationale Sicherheitsstrukturen in Nationalismus und ein Anwachsen der Konfliktpotentiale münden, wurde durch die Teilung der ÈSFR und durch den Krieg im ehemaligen Jugoslawien bestätigt. Die Ausweitung dieses Krieges, die Zunahme nationaler Spannungen zwischen der Slowakei und Ungarn und die Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, besonders in der Ukraine, bedrohen den fragilen Frieden in Ost-, Mittel- und Südosteuropa und damit unmittelbar das Sicherheitsinteresse der ÈR.

Mehr als Polen, Ungarn oder die Slowakei ist die tschechische politische Tradition vom Schockerlebnis des Münchner Diktats 1938 geprägt. Trotz der ungleich höheren Opfer Polens im II. Weltkrieg erlitt die polnische Gesellschaft keine vergleichbare Erschütterung demokratischer Grundwerte und der Westorientierung wie die tschechische. Nicht nur der Souveränitätsverlust, sondern auch der Verrat der westlichen Schutzmächte Frankreich und Großbritannien am einzigen Staat Mitteleuropas, der sich unter großen Risiken zur Verteidigung der Demokratie und der westlichen Grundwerte rüstete, prägte nachhaltig die tschechische politische Kultur. Entsprechend groß ist die Angst vor einer erneuten Gleichgültigkeit des Westens gegenüber dem Schicksal der demokratischen Erneuerung in der ÈR. Daß der "Geist von München" noch lange nicht tot ist, bewies in den Augen der tschechischen Öffentlichkeit und weiter Teile der politischen Eliten die Haltung der westlichen Staatengemeinschaft gegenüber den fortwährenden Massakern in Bosnien. Die oft mit Pathos vorgebrachten Mahnungen an die Adresse westlicher Regierungen, für demokratische Werte überall und nicht nur im saturierten Westen einzustehen, sind u.a. Ausdruck des Traumas von München.

Aus der gleichen Quelle speist sich die Erkenntnis, daß nur stabile demokratische Verhältnisse und die Stärkung des internationalen Rechts in ganz Europa die Sicherheit kleiner, geopolitisch in exponierter Lage befindlicher Staaten garantieren können. Gleichen Motiven entspringt die Hervorhebung der Bereitschaft der ÈR, ihren Anteil an Verantwortung für die Einhaltung und Durchsetzung des internationalen Rechts und der Friedenssicherung im Rahmen der UN und der KSZE zu tragen. Die Entsendung von Spezialfahrzeugen zur Giftidentifizierung nach Saudi-Arabien während des Golfkrieges sowie tschechischer UN-Blauhelme in das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien sollte dies unterstreichen.¹ Westliche Gleichgültigkeit oder Blockadepolitik, die die Perspektive der Westintegration der ÈR in Frage stellte, würde automatisch den normativen Grundkonsens der Gesellschaft und die demokratische Vitalität des Landes treffen und den Transformationsprozeß gefährden.

¹ Havel, in: MFD, 9.5.1994. Übersicht der UN-Aktivitäten der CR, in: RP, 28.1.1994.

Angst vor Rußland

Obwohl der Abzug sowjetischer Truppen aus der ÈSFR die Tatsache markierte, daß Rußland die ehemalige Tschechoslowakei nicht mehr als eine Erwerbung des II. Weltkriegs oder als seine unmittelbare Einflußsphäre betrachtet, ist die Unvorhersehbarkeit der Entwicklung in Rußland und der GUS nach wie vor die Quelle potentieller Gefahren für die ÈR. Trotz Shirinowskis Drohungen und "Schutzangeboten" an die Adresse der ÈR¹ glaubt heute niemand an eine militärische Bedrohung durch Rußland, zumal nach der Teilung des Staates der geographische Abstand zur ehemaligen Imperialmacht noch größer geworden ist. Als der Verteidigungsminister der ÈSFR L. Dobrovský Anfang 1992 noch unter dem Eindruck der eigenmächtig agierenden sowjetischen Streitkräfte im Baltikum und des noch nicht vollständigen Rückzugs der in einigen Ländern Ostmitteleuropas stationierten sowjetischen Truppen von der Gefahr eines "vagabundierenden Ritters" sprach², meinte er damit schon damals eher die Angst vor den unkalkulierbaren Risiken eines naturwüchsigen Zerfalls des ehemaligen Sowjetimperiums als vor einer direkten militärischen Aggression seitens Rußlands.

Die wohl größte reale Bedrohung der Sicherheit der ÈR könnte ein Konflikt zwischen der Ukraine und Rußland bringen. Selbst für den Fall, daß er mit einem wirtschaftlichen Boykott seitens Rußlands ausgetragen würde, wären seine Folgen angesichts der nahezu 100%igen Abhängigkeit der ÈR von russischen Gas- und Öllieferungen veheerend. Als im Januar 1994 für einige Tage plötzlich die russischen Öllieferungen unterbrochen wurden, kam in Prag leichte Panik auf, da die Raffinerievorräte nur für dreieinhalb Tage und die Sicherheitsreserven nur für zwei bis drei Wochen ausreichten.³ Diese Abhängigkeit, die durch den forcierten Ausbau der Pipeline vom bayerischen Ingoldstadt bis zum Jahresende 1995 etwas kompensiert werden soll, offenbarte die Verwundbarkeit der wirtschaftlichen Sicherheit der ÈR auf diesem Gebiet.⁴ Sie bietet zumindest potentiell Raum für politische Erpressung oder Nötigung seitens Rußlands. Die durch Stalin erzwungene Ablehnung des Marshallplans durch die tschechoslowakische Nachkriegsregierung 1947 ist in der ÈR noch lebhaft in Erinnerung.

Aufgrund der vierzigjährigen Erfahrung mit der sowjetischen Suprematie und der militärischen Intervention vom August 1968 lehnt die ÈR jedwede Sicherheitsgarantie durch Rußland ab. Russische Versuche, die Beitrittswünsche der Visegrád- und anderer Staaten zur NATO diplomatisch zu blockieren, wurden in Prag als Beweis für das Anwachsen imperialer Tendenzen und die Schwächung demokratischer Kräfte in Rußland interpretiert. Dem westlichen Sicherheitsbündnis wurde eine konsequente Ablehnung russischer Einmischungen in die souveräne Entscheidung der betroffenen Länder empfohlen.⁵ Die neue russische Militärdoktrin, die im Falle der Bedrohung der Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation von strategischen Gebieten und der Möglichkeit ausgeht, russische Truppen auch außerhalb der Föderation zu stationieren, sorgte in der ÈR für

¹ Rudé právo (RP), 31.1.1994; LN, 9.2.1994.

² Èskoslovenská zahraniční politika. Dokumenty, 2/1992, S. 200.

³ LN, 21.1.1994.

⁴ Telegraf, 11.2.1994.

⁵ So V. Havel anlässlich des Treffens von sieben Präsidenten mitteleuropäischen Staaten in Litomyšl. LN, 28.4.1994.

Besorgnis.¹

Allgemein gilt, daß der Einfluß Rußlands auf die tschechische Politik so weit wie möglich minimiert werden soll.² Die Stärkung demokratischer Kräfte in Rußland und eine Ausweitung des zusammengeschrunpften Außenhandels wird als ein grundlegendes Interesse der ÈR aufgefaßt. Nicht mehr "Zusammenarbeit", sondern "Business" soll nach Klaus die künftigen Beziehungen zu Rußland prägen. Wie schwierig dies sein wird, zeigt die Tatsache, daß Rußland in den letzten vier Jahren keine Schulden mehr an die ÈR bezahlte. Ihre Anerkennung durch die russische Regierung galt bereits als Erfolg.³

Die Furcht vor einem übermächtigen Deutschland

Die Einigung Deutschlands, der Beitritt Österreichs zur EG und die Teilung der ehemaligen Tschechoslowakei belebte die durch Geschichtsbilder verfestigten tschechischen Befürchtungen vor einer neuen deutschen Dominanz, die mehr "ordnungspolitisch" denn klassisch imperial oder national die Politik der kleiner gewordenen ÈR beeinflussen könnte. Den Beginn einer erneuerten Nachbarschaft mit demjenigen Staat, mit dem die ÈR die längste Grenze verbindet (810 km)⁴, charakterisiert die Ungleichheit beider Nachbarn, die noch durch ein starkes wirtschaftliches Gefälle, das in dieser krassen Form erst durch die vierzigjährige Abkoppelung der ÈR vom Weltmarkt entstand, unterstrichen wird. Der Umstand, daß Deutschland binnen vier Jahren mit 26,9% noch vor der Slowakei (20%) zum wichtigsten Handelspartner der ÈR wurde und mittlerweile die Rolle der ehemaligen UdSSR (6%) als zentrale wirtschaftliche und politische Bezugsgröße ausfüllt⁵, dokumentiert die veränderte geopolitische Lage der verkleinerten ÈR und den Beginn einer neuen "asymmetrischen Beziehung".⁶ So sprach der Außenminister der ÈR Zieleniec davon, daß Deutschland erneut "in die Logik seiner Geschichte" zurückkehre.⁷

Obwohl das vereinte Deutschland als eine gefestigte Demokratie wahrgenommen, das klare Bekenntnis Bonns zur europäischen Integration und die Absage an jegliche Form eines deutschen Sonderwegs gewürdigt, das gemeinsame deutsch-tschechische Interesse an wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Stabilisierung Mitteleuropas und die deutsche Bemühung um die EG-Aufnahme der ÈR mit Genugtuung hervorgehoben wird⁸, bestehen in Prag erhebliche Ängste und Irritationen bezüglich der sudetendeutschen Problematik. Die Ablehnung des deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrags aus dem Jahr 1992 durch die bayerische Staatsregierung, die Verknüpfung des Baus der strategisch wichtigen Pipeline vom bayerischen Ingolstadt in die ÈR mit der Frage eines Dialogs zwischen der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der Prager Regierung, wie sie E. Stoiber auf dem 44. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg hergestellt hat, und nicht zuletzt die Bemerkungen von Außenminister Kinkel, daß für die Wahrnehmung der sudetendeutschen Interessen die Zeit noch nicht reif sei, stoßen in Prag auf

¹ So der Verteidigungsminister der ÈR Baudy in: Mladá fronta dnes (MFD), 8.1.1994.

² Zieleniec, in: Reflex, 10/1993.

³ Respekt, 15./17.4.1994.

⁴ J. Valenta (Hrsg.), Èeské národní zájmy, Praha 1993, S. 200.

⁵ Hospodářské noviny (HN), 9.2.1994.

⁶ Èeské národní zájmy, S. 24.

⁷ Zieleniec, in: Èeský deník, 29.9.1993; Mosty, 13/1994.

⁸ Havel, in: LN, 28.4.1994.

scharfe Ablehnung¹ und nähren Ängste vor einer neuen national motivierten deutschen Machtpolitik.²

Von der KSZE zur NATO

Seit Mitte 1992 wurde in der ÈR eine sicherheitspolitische Wende vollzogen. Die Vision eines demokratischen, durch gemeinsame Werte vereinten, sich friedlich integrierenden Gesamteuropas, in dem mit der Ausweitung des KSZE-Prozesses stabile Sicherheitsstrukturen entstehen und sich sukzessiv ausdehnen, wurde durch eine nüchterne Vision der Partizipation an dem einzigen wirklich funktionierenden Sicherheitsbündnis - der NATO - ersetzt. Während die erste Militärdoktrin der ÈSFR von 1992 die NATO-Mitgliedschaft nicht einmal als Option erwähnte³, wurde sie von der Regierungskoalition Klaus und unter dem neuen Außenminister Zieleniec mit Entschlossenheit durchgesetzt. Die von Außenminister Dienstbier bevorzugte bisherige Konzentration auf die KSZE wurde fallengelassen. Nicht einmal das in Prag neueröffnete KSZE-Sekretariat blieb bestehen.⁴ Die öffentliche Meinung unterstützt dies. Befürworteten 1990 knapp 10% der befragten Bürger einen NATO-Beitritt der ÈR, so waren es im Mai 1994 bereits 56%, obwohl 4/5 hohe Folgekosten fürchten.⁵

Obwohl Klaus und Zieleniec betonen, innerhalb der Visegrád-Gruppe eine Vorreiterrolle hinsichtlich des NATO-Beitritts zu spielen⁶, streben sie im Unterschied zu Polen keinen sofortigen Beitritt an, sondern begrüßen die Zwischenphase einer "Partnership for Peace" (PfP) - nicht zuletzt, weil die Tschechische Armee für einen sofortigen Beitritt nicht gerüstet ist. Die Prager Regierung begrüßt eine individuelle Beurteilung potentieller NATO-Anwärter und deutet die optimistische PfP optimistisch als Vorstufe zum NATO-Beitritt.⁷ Das sorgte für Unterstützung der Öffentlichkeit. Zwei Drittel der Prager Bürger befürworteten PfP.⁸

Von Visegrád zum Bilateralismus

Die gemeinsam erlittene Erfahrung der sowjetischen Suprematie, die Mitteleuropa-Nostalgie als Ausdruck der kulturellen Entfremdung im Sowjetblock, die kritische Reflexion historischer Feindschaften während der Zwischenkriegszeit und das objektive gemeinsame Interesse, schnell die Zwangsjacke des Warschauer Paktes und des Sowjetsystems abzuschütteln, schufen günstige Voraussetzung für ein konzertiertes Vorgehen der mitteleuropäischen Staaten. Die Entstehung der von Prag inspirierten Visegrád-Gruppe (Polen, ÈSFR, Ungarn) 1991 war Ausdruck dieses gemeinsamen Interesses.

Das Erbe der Vergangenheit wie z.B die ungarische Minderheit in der Südslowakei, die objektive Konkurrenzlage der Länder bei den Bemühungen um westliche Märkte und um westliche Hilfe,

¹ Vgl. Klaus, in: Die Welt, 20.9.1993.

² J. Pauer, Irritationen in Prag, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Informationen zu aktuellen Entwicklungen, November 1993.

³ Die erste Militärdoktrin der ÈSFR aus dem Jahr 1992 sah noch kein NATO-Beitritt vor. Odpovídá linka Ès. armády. Praha 1992, S. 104-107.

⁴ Dienstbier, in: RP, 11.1.1994.

⁵ Telegraf, 30.5.1994.

⁶ Zieleniec, in: Telegraf, 21.1.1994; Klaus, in: LN, 8.1.1994.

⁷ Vgl. Klaus' Rede vom 10.3.1994 in Brüssel anlässlich der Unterzeichnung des "PfP". Zahranìní politika Èeské republiky. Dokumenty, 3/1994, S. 208-210.

⁸ LN, 1.2.1994.

unterschiedliche innenpolitische Entwicklungen u.a.m. verstärkten den Trend zu Alleingängen. Allen voran forcierte die ÈR nach der Trennung von der Slowakei den Bilateralismus, da sie sich von ihm die meisten Vorteile verspricht. Die günstigen Wirtschaftsdaten, die geopolitische Westverschiebung, die politische Stabilität des Landes, seine klare Westorientierung und die Tatsache fehlender Minderheitenprobleme, ließen die Prager Regierung glauben, früher als die übrigen Visegrád-Staaten Bedingungen für eine vollständige Westintegration schaffen zu können. Seit 1993 ist der Bilateralismus geradezu zur neuen außenpolitischen Doktrin geworden.

Der Hauptgrund für diese außenpolitische Wende war die Befürchtung der Regierungsparteien der ÈR, die Visegrád-Gruppe könnte sich als Hindernis für eine rasche Westintegration erweisen. Ein "Zwischeneuropa" mit ungelösten wirtschaftlichen und ethnischen Problemen könne sich zu einem dauerhaften "Warteraum" entwickeln. Dazu kam die Befürchtung, Polen könnte aufgrund seiner Größe und politischen Bedeutung eine Führungs- oder Sprecherrolle der Visegrád-Staaten gegenüber der EG und der NATO anstreben. Bestärkt sah sich Prag, als Wa³êsa dem Westen androhte, für den Fall der Nichtaufnahme seines Landes in die NATO eine andere mitteleuropäische Sicherheitsgemeinschaft gründen zu wollen¹, oder als er anläßlich der Gespräche über den NATO-Vorschlag einer PfP im Vorfeld des Clinton-Besuchs in Prag vorschlug, daß Polen dem US-Präsidenten die gemeinsame Haltung aller Visegrád-Staaten vortragen wolle.² Der Versuch Havels, die Visegrád-Idee der Solidarität der mitteleuropäischen Staaten am Leben zu halten, wurde - wie anläßlich des Präsidententreffen aus sieben mitteleuropäischen Ländern im April 1994 in Litomyšl zu sehen war - von der Regierungsseite boykottiert. Diese Differenzen in der Frage der künftigen Politik gegenüber den Nachbarstaaten kritisierte der Ex-Außenminister der ÈSFR Dienstbier als "Unlesbarkeit" der tschechischen Außenpolitik.³

Die Reorganisation der Armee

Der Zustand der Armee - AÈR (Armáda Èeské republiky) - wird übereinstimmend als krisenhaft bezeichnet. Die politischen "Lustrationen" der zu 90% aus KP-Mitgliedern bestehenden Armee fielen bescheiden aus, verunsicherten jedoch auch diejenigen Offiziere, die in der AÈR gebraucht werden. Bereits heute ist der bis zum Jahr 1996 geplante Offiziersabbau vollzogen. Nur etwa 35-40% der Offizierstellen der Militärtruppen konnten besetzt werden, so daß für die rund 40-50.000 Wehrpflichtigen, die jährlich einrücken, ein Offiziersmangel herrscht.⁴ Das Ansehen des Berufssoldaten erreichte einen vorläufigen Tiefpunkt und die AÈR hat mit dem Negativimage einer überflüssigen Armee zu kämpfen, die weder 1938 noch 1968 die Integrität des Landes bewahren konnte und in der Gegenwart ohne akute militärische Gefahren lediglich viel Geld kostet.

Obwohl die Wiener Abrüstungsverhandlungen der ÈR eine Armeestärke von 93.333 Mann zugehen, soll die in Brigaden gegliederte, bis 1995 umzubauende AÈR rund 65.000 Mann umfassen, davon die Hälfte Berufssoldaten. Wenngleich sie Defensivcharakter haben soll, wird innerhalb der AÈR eine Eliteeingreiftruppe von 3 500 Mann aufgebaut, die künftig mit der NATO kooperieren

¹ So der tschechische Außenminister J. Zieleniec, in: HN, 19.1.1993.

² Wa³êsa-Interview, in: LN, 10.1.1994. Die Replik von Klaus, in: Telegraf, 11.1.1994.

³ RP, 11.1.1994.

⁴ Lidová demokracie (LD), 20.1.1994; RP, 21.2.1994; MFD, 8.4.1994.

soll.¹

Anders als die Slowakei oder Ungarn, die ihre Schuldenforderungen gegenüber Rußland künftig mit dem Kauf russischer Waffen, besonders von Kampfflugzeugen, kompensieren wollen, entschloß sich die ÈR, die Abhängigkeit von russischen Waffen radikal zu ändern. Umrüstung und Modernisierung der AÈR werden zwar der ÈR erhebliche finanzielle Lasten abverlangen, kurzfristig sogar die einheimische Rüstungsindustrie anheizen, insgesamt dürfte langfristig der Anteil des Rüstungssektors am BSP eher schrumpfen. Einige Rüstungsbetriebe, die leichte Waffen, Aufklärungsflugzeuge u.a. herstellen, erwarten, mit Hilfe von joint ventures Zugang zu westlichen Märkten zu erhalten.²

Die Schaffung der CEFTA - durch Freihandel zur Westintegration

Die Anregung und das energische Vorantreiben des im November 1992 in Budapest unterzeichneten "Central European Free Trade Agreement" durch die Regierung der ÈR ist die Prager Antwort auf die massive innen- und außenpolitische Kritik am nationalen Alleingang und Solidaritätsmangel der ÈR gegenüber den Visegrád-Staaten. In der Verwirklichung der Freihandelszone sieht der Regierungschef Klaus die beste Garantie für die Herstellung gemeinsamer Interessen der mitteleuropäischen Staaten.

Obwohl die EG-Integration nicht in Frage gestellt wird, formuliert Klaus die Angst vor einem europäischen Superstaat, der von unbeeinflussbaren Bürokratien gelenkt wird, und vor einer "Einebnung" der Nationalstaaten, durch den die wiedergewonnene nationale Souveränität erneut verloren gehen könnte.³ Klaus, der weder Marktwirtschaft noch Demokratie mit Attributen belasten möchte, spricht im Bezug auf den künftigen EG-Eintritt der ÈR von der Notwendigkeit einer "vernünftigen Integration".⁴

Dennoch gilt, daß das ökonomische Paradigma, das die tschechische Innenpolitik dominiert, auch im Zentrum der Außen- und Sicherheitspolitik der ÈR steht. Verkürzt heißt die Grundformel der Sicherheitspolitik: durch wirtschaftliche Stabilisierung des Landes zur raschen Westintegration und zum dauerhaften Frieden.

Ungarn

von István Szönyi⁵

Den Sicherheitsperzeptionen in Ungarn - sowohl denen der Regierung als auch denen der Opposition - liegt eine Dreiteilung des Gebiets Sicherheit in militärische, politische und wirtschaftliche Sicherheit zugrunde.⁶ Nach Ansicht einiger Experten sollten aber auch die aufkommenden Gefahren

¹ LD, 20.1.1994.

² HN, 6.6.1994.

³ Vgl. Klaus' Rede in Davos, in: LN, 7.2.1994.

⁴ Telegraf, 31.1.1994.

⁵ Die Untersuchung wurde bereits im Herbst 1993 geschrieben. Damit auch die Veränderungen seit Amtsübernahme der Regierung Horn Berücksichtigung finden, hat Sabine Fischer die beiden letzten Absätze hinzugefügt.

⁶ Obwohl in den vom Parlament verabschiedeten sicherheitspolitischen Prinzipien von der Unteilbarkeit und den komplexen Dimensionen der Sicherheit die Rede ist, ist es vielleicht dennoch nützlich, den Bereich Sicherheit in dieser Weise aufzuteilen, da sich so die Probleme, vor denen die ungarische Sicherheitspolitik steht, besser erkennen lassen. Das Problem der Minderheiten wird unter den politischen Aspekten der Sicherheit behandelt.

beachtet werden, die Migration und internationaler Terrorismus mit sich bringen.¹ Diese Probleme sind aber anscheinend nicht von höchster Aktualität; sie werden, so vermutet man, erst in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts an Dringlichkeit gewinnen. Die ökologischen Aspekte der Sicherheit bleiben weitgehend unausgesprochen.

Militärische Sicherheit

Sowohl die Regierung als auch die Opposition sind der Meinung, daß die Bedeutung der militärischen Aspekte der Sicherheit abgenommen hat und daß sich die Wahrscheinlichkeit eines totalen Krieges zwischen Staaten auf dem europäischen Kontinent vermindert hat, auch wenn sie noch nicht gänzlich verschwunden ist.² Gleichwohl erscheint nicht jede militärische Bedrohung völlig ausgeschaltet, denn es gebe in Osteuropa ein Konfliktpotential, das zu Konfrontationen zwischen Staaten eskalieren könne.³ Es herrscht jedoch weitgehend die Auffassung, daß Ungarn nicht unmittelbar bedroht ist und in Gefahr steht, in einem regionalen militärischen Konflikt hineingezogen zu werden, wenn dieser nur geringe Intensität besitzt.⁴ Eine militärische Bedrohung größeren Ausmaßes könnte allenfalls von Rußland oder der Ukraine ausgehen. Ministerpräsident József Antall warnte im Frühjahr 1993 vor der Möglichkeit eines Wiederauflebens der russischen Bedrohung.⁵ In Kreisen politischer Experten besteht jedoch weitgehend Einigkeit darüber, daß Rußland selbst dann, wenn dort ein feindseliges Regime an die Macht käme, kaum eine direkte militärische Bedrohung darstellen würde. Was die Ukraine angeht, so gilt die allgemeine Ansicht, daß trotz der Überlegenheit der ukrainischen Armee über die ungarischen Streitkräfte beide Seiten gleichwohl vergleichbar sind, und zwar aufgrund der geographischen Gegebenheiten und weil Ungarn für die Ukraine nicht das vorrangige militärische Sicherheitsproblem darstellt.

Die ungarische Armee befindet sich auch mit den Armeen der übrigen Nachbarstaaten auf ähnlichem Level. Wenn auch von Zeit zu Zeit zwischen Ungarn und seinen Nachbarn Spannungen auftreten, von denen auch das Militär betroffen ist (wie etwa bei Vorwürfen der Slowakei wegen angeblicher ausgedehnter ungarischer Manöver im Grenzgebiet)⁶, so schaffen diese Spannungen doch keine Aussicht auf militärische Konfrontation. Die ungarische Armee und das Verteidigungsministerium haben erklärtenmaßen sehr gute Beziehungen zu ihren rumänischen Kollegen.⁷ Ähnlich ist die Situation gegenüber der Slowakei. Die militärischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern werden für besser erachtet als die politischen Beziehungen. So zögerte der slowakische Verteidigungsminister nicht zu bestätigen, daß es von ungarischer Seite keinerlei militärische Bedrohung der Slowakei gebe.⁸ Und obwohl die militärischen Beziehungen zu Rest-Jugoslawien (Serbien und Montenegro) gespannt sind, vertraut man in ungarischen Regierungskreisen darauf, daß das Land im Bedarfsfalle alle kleineren und auch größeren Grenzverletzungen an der Südgrenze, abwehren könnte - zumindest so lange, bis internationale Hilfe in irgendwelcher Form eintreffe. Jedenfalls

¹ Oberst Tibor Köszegvari, Direktor des dem Verteidigungsministerium unterstellten Instituts für strategische und verteidigungspolitische Studien, in einem Interview mit "Magyar Nemzet", 3.4.1993.

² Vgl. hierzu Punkt 8 der am 14. April 1993 vom Parlament mit den Stimmen von sechs Parteien angenommenen Verteidigungspolitischen Prinzipien.

³ Rudolf Józ, stellvertretender Staatssekretär im Verteidigungsministerium, in einem Interview mit "Magyar Nemzet", 24.3.1993.

⁴ Vgl. Rudolf Józ, ebenda.

⁵ "Népszabadság", 27.4.1993.

⁶ "Népszabadság", 31.7.1993.

stehen ungarische Regierungsstellen in täglichem Kontakt zur neuen jugoslawischen Armee.¹ Ungarische und internationale Einschätzungen (auch solche der NATO) kommen übereinstimmend zu dem Schluß, daß niemand im ehemaligen Jugoslawien ein Interesse daran haben könne, eine Aggression gegen Ungarn zu begehen.²

Zur Verbesserung seiner Sicherheitslage hat Ungarn ein breites Netz bilateraler Abkommen über militärische Zusammenarbeit geknüpft und kooperiert auch multilateral auf militärischem Gebiet. Ein Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen des North Atlantic Cooperation Council (NACC). Eine solche Zusammenarbeit findet auch mit den Ländern der Visegrád-Gruppe statt. Sie geht aber nicht so weit, daß gegenseitige Militärhilfe geleistet wird oder gemeinsame Militärübungen abgehalten werden. Lieferungen von Militärgütern (aus Rußland und aus Deutschland, aus den Beständen der ehemaligen NVA) sollen Ungarn helfen, eine Abnahme der Gefechtsbereitschaft seiner auf 100.000 Mann (davon 74.000 Militär- und 26.000 Mann Zivilpersonal) geschrumpften Armee zu verhindern. Die USA verkaufen den Ungarn Technologien zur Modernisierung des Freund-Feind-Erkennungssystems (IFF).

Zu erwähnen ist auch die Übernahme von Verantwortung für kollektive Sicherheit wie sie von Experten und Politikern erwogen wird (etwa durch die Entsendung ungarischer Offiziere nach Kambodscha oder durch die ernsthaften Vorbereitungen für die Errichtung eines Ausbildungszentrums für Friedenstruppen oder durch Unterstützung der UNO-Bemühungen im jugoslawischen Raum). Allerdings kann es hier zu Differenzen hinsichtlich der Frage der Finanzierung und der Risiken kommen.³

⁷ Die guten militärischen Beziehungen zwischen Ungarn und Rumänien sind z.B. vom Staatssekretär für politische Angelegenheiten im Verteidigungsministerium Lászlo Szendrei, in: "Uj Magyarorszag", 31.4.1993, bestätigt worden. Zur Nichtbedrohung von seiten Rumäniens siehe Janos Gömbös vom unabhängigen Zentrum für sicherheits- und verteidigungspolitische Studien, in: "Magyar Hirlap", 27.2.1993. Demnach geht die heutige Stationierung der rumänischen Armee (in Transsylvanien und im östlichen Teil Rumäniens) auf die frühen sechziger Jahre zurück, die Armee ist unterversorgt, ein erheblicher Teil der Technologie ist veraltet, das Offizierscorps hat begonnen, für die Opposition zu stimmen, und die Armee zeigt überhaupt wenig Neigung, eine politische Rolle zu spielen. Hier ist auch das Luftraumabkommen zwischen Rumänien und Ungarn zu erwähnen. Es ist nur von sehr geringer operativer Bedeutung, da es nur vier Überflüge pro Jahr gestattet und keine überraschenden Inspektionen vorsieht, aber sein vertrauensbildendes Potential ist bedeutend.

⁸ Zu den guten Militärbeziehungen zwischen der Slowakei und Ungarn siehe Verteidigungsminister Lajos Für, in: "Népszabadsag", 24.4.1993.

¹ Zu Ungarns Fähigkeit, jede Grenzverletzung abzuwehren, sowie zu den militärischen Kontakten mit dem neuen Jugoslawien vgl. Lászlo Szendrei, a.a.O. (Anm. 8).

² Zur geringen Wahrscheinlichkeit eines militärischen Konflikts mit Rest-Jugoslawien vgl. z.B. Generalmajor Janos Kovács, bis 28.2.1993 Direktor des Militärischen Nachrichtendienstes des Generalstabs, in: "Magyar Nemzet", 1.3.1993. Vgl. ebenso die Aussagen von Regierungsbeamten und Experten vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Parlaments, in: "Népszabadsag", 3.6.1993. Zur Einschätzung der NATO vgl. Generalmajor i.R. Dietrich Genschell, gegenwärtig Berater der ungarischen Regierung für Fragen der NATO, in: "Népszabadsag", 1.7.1993.

³ Die Übernahme von Verantwortung in Fragen der kollektiven Sicherheit ist auch in den sicherheits- und verteidigungspolitischen Prinzipien vorgesehen. Allerdings sind im Jahreshaushalt aus finanziellen Gründen keine Mittel zur Finanzierung der Einrichtung eines Ausbildungszentrums für Friedenstruppen bereitgestellt worden (so Csaba Kiss, Leiter der verteidigungspolitischen Abteilung im Verteidigungsministerium, laut "Magyar Hirlap", 7.7.1993). Zu den Risiken im Zusammenhang mit kollektiver Sicherheit und zu einer möglichen Überprüfung der ungarischen Unterstützung für UN-Operationen in Bosnien-Herzegowina im Falle einer gewaltsamen Herstellung des Friedens oder im Falle von Waffenlieferungen äußern sich der ungarische Militärattaché in Belgrad und andere Regierungsbeamte, in: "Népszabadsag", 12.5.1993.

Alles in allem herrscht die überwiegende Auffassung, daß für die ungarische Sicherheit keine dramatischen Bedrohungen militärischer Art bestehen. Selbst wenn militärische Bedrohungen aufkommen sollten, wäre noch genügend Zeit, sie zu erkennen und entsprechende vorbeugende Maßnahmen zu treffen.

Dennoch gibt es mangels glaubwürdiger und verlässlicher Mechanismen zur Konfliktprävention und zum Krisenmanagement (und ebenso - wie die beharrliche Verweigerung von NATO-Garantien für Ungarn im Zusammenhang mit dem Jugoslawien-Konflikt zeigt - mangels zuverlässiger Sicherheitsgarantien) keinerlei Gewißheit. Außerdem haben Bedrohungsperzeptionen oder Ungewißheiten bezüglich der militärischen Sicherheit in der ostmitteleuropäischen Region nicht unbedingt mit konkreten militärischen Bedrohungen zu tun. Unter diesen Umständen ist nicht auszuschließen, daß Feinde "erzeugt" werden.¹ Auch herrschen unter den politischen Eliten wie in der Öffentlichkeit eine unterschwellig Unsicherheit und Angst, daß im Falle einer - von Osten kommenden - Bedrohung "westlicher" Schutz nicht zu erhalten wäre.² Die Gefahr, in einem Sicherheitsvakuum gefangen zu sein, wird also als Bedrohung wahrgenommen. Hier entsteht natürlich eine in gewisser Weise paradoxe Situation: Einerseits herrscht die weit verbreitete Auffassung, daß, was die militärische Sicherheit betrifft, keine ernsthaften Bedrohungen bestehen, während andererseits ein Gefühl der Unsicherheit und eines drohenden Sicherheitsvakuums besteht. Aus ebendiesem Grunde drängt es die ungarischen politischen Kreise von Regierung wie Opposition mit Macht, sich um die Mitgliedschaft in der NATO oder wenigstens um eine Assoziierung mit ihr oder zum allermindesten um irgendeine Form offizieller atlantischer Sicherheitsgarantien zu bemühen.³

Politische Sicherheit

Eines der Probleme, die Ungarn auf dem Gebiet der politischen Sicherheit die größten Sorgen bereiten, ist die Ungewißheit hinsichtlich der Lage in Rußland und der Ukraine. Es wurde von höchster offizieller Seite verschiedentlich betont, daß eine Isolierung Rußlands nicht im ungarischen Interesse liege, da dies der russischen Außenpolitik Möglichkeiten eröffnen würde, die Lage in der mittel- und osteuropäischen Region zu destabilisieren. Daher sei die ungarische Außen- und Sicherheitspolitik bemüht, Rußland in die gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen einzubeziehen. Man wolle sich

¹ Vgl. z.B. das Interview mit István Gyarmati, Leiter der Abteilung für Sicherheitspolitik und europäische Zusammenarbeit im Außenministerium, in: "Magyar Narancs", 17.6.1993.

² Security for Europe Project, Initial Report, Center for Foreign Policy Development, Brown University, Dezember 1992, S. 6.

³ Die sicherheitspolitischen Prinzipien fassen eine zukünftige Vollmitgliedschaft Ungarns in der NATO und der WEU ins Auge. Selbst ein so gemäßigter und realistischer Politiker wie István Gyarmati hält daran fest, daß die NATO-Mitgliedschaft unabdingbar sei, obwohl auch sie allein nicht ausreiche, Ungarns Sicherheit zu garantieren. "Magyar Narancs", a.a.O. Viktor Orbán, der Präsident der oppositionellen Allianz junger Demokraten, macht sich ebenfalls für irgendeine Form "assoziierter Mitgliedschaft" Ungarns in der NATO stark. László Kovács (der Vorsitzende des außenpolitischen Parlamentsausschusses) und Gyula Horn (ehemaliger Außenminister und ehemaliger Vorsitzender des genannten Ausschusses), die beide der Sozialistischen Partei angehören, haben die NATO mehrfach aufgefordert, offizielle Erklärungen und Zusagen gegen gewaltsame Grenzveränderungen in der Region zu geben. Falls Ungarn sich an einer militärischen Operation gegen Rest-Jugoslawien beteiligen sollte, müßte die NATO Ungarn Garantien in Form offizieller Erklärungen geben. Auch von dem außenpolitischen Berater des Ministerpräsidenten (Gyula Kodolányi) und vom Staatssekretär für politische Fragen im Außenministerium ist berichtet worden, daß sie die Möglichkeit von NATO-Garantien sondieren. "Népszabadság", 31.7. 1993, 14.5.1993.

jedem regionalen Sicherheitsarrangement widersetzen, das von Rußland als Versuch verstanden werden könnte, einer Isolierung ausgesetzt zu werden.¹ Ähnliches gilt für die Ukraine. Eine von Ungarn ausgehende Initiative zu regionaler Zusammenarbeit war ausdrücklich darauf angelegt, die Ukraine einzubeziehen.² Wenn eine Isolierung sowohl Rußlands als auch der Ukraine vermieden werde, könne das wesentlich dazu beitragen, eine Konfrontation zwischen den beiden Ländern zu verhindern. Das ist für Beobachter und Politiker eine auch die eigene Sicherheit betreffende Frage.

Was die unmittelbaren Nachbarn angeht (d.h. Slowakei, Rumänien und "Rest-Jugoslawien"), so liegt das größte Potential für Spannungen in der Frage der ungarischen Minderheiten. Die - von einem überwältigenden Konsens im Parlament getragenen - sicherheitspolitischen Prinzipien Budapests besagen ausdrücklich, daß ein Grundelement der Beziehungen Ungarns zu seinen Nachbarn die rechtliche Situation der dortigen ungarischen Minderheiten ist. Aber gleichermaßen wurde schon unter Antall und Boross die Gefahr gesehen, alle Aspekte der auswärtigen Beziehungen von der Minderheitenfrage abhängig zu machen. Jede Tendenz in dieser Richtung wird daher normalerweise abgelehnt.³ Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit der Minderheitenfrage liegt darin, daß Politiker in den Nachbarländern, die die nationalistische Karte spielen, öffentliche Erklärungen ungarischer Politiker regelmäßig falsch interpretieren oder Fehler von deren Seite dazu nutzen, eine unerschwellige Feindschaft Ungarns gegenüber diesen Staaten zu unterstellen. Das geschieht sie ungeachtet aller Zusicherungen der ungarischen Regierung und der ungarischen Minderheiten selbst, daß weder an Grenzrevisionen noch territoriale Sezessionen gedacht sei.⁴

An irritierenden Signalen hat es aber auch auf der ungarischen Seite nicht gefehlt.⁵ Ausschlaggebend dabei ist, daß intolerante, extremistische Ansichten auf die Ränder des politischen Spektrums beschränkt sind. Der ungarisch-ukrainische Vertrag (mit seiner Klausel über Grenzgarantien) wurde

¹ Vgl. Antalls Ablehnung eines ukrainischen Vorschlags, eine regionale Sicherheitsregelung zu treffen. Die Visegrád-Länder haben auch ausdrücklich betont, daß ihre Zusammenarbeit nicht auf die Bildung eines Militärblocks oder Bündnisses zielt. Dahinter mögen Überlegungen gestanden haben, die russischen (bzw. damals sowjetischen) Militärführer zu beruhigen und einen möglichen Zugang zur NATO nicht zu blockieren. Alfred A. Reisch, Hungary Pursues Integration with the West, in: "RFE/RL Research Report", 26.3.1993, S. 34.

² Hier handelt es sich um die sog. Karpathische Euro-Region. Ihr Verdienst, einen Nachfolgestaat der ehemaligen Sowjetunion einzubeziehen, ist von Catherine Lalumière positiv herausgestellt worden. "Népszabadsag", 10.3.1993.

³ Vgl. z.B. László Kovács von der oppositionellen Sozialistischen Partei, in: "Népszabadsag", 3.3.1993. Géza Jeszensky hat mehrfach klargestellt, daß die Regierung es ablehne, alles in ihren Beziehungen zu Rumänien von der Minderheitenfrage abhängig zu machen, während ein anderer führender Außenpolitiker ebenfalls die Ablehnung bestätigte, in den Beziehungen zur Slowakei alles von der Frage des Donau-Staudamms (und insoweit auch von der Minderheitenfrage) abhängig zu machen. "Népszabadsag", 23.2.1993 und 8.2.1993.

⁴ Äußerungen dieser Art hat es in großer Zahl im gesamten politischen Spektrum (einschließlich der Regierung) in Ungarn und von seiten der Minderheiten im Ausland gegeben.

⁵ Hier ließen sich einige ungeschickte Äußerungen des Ministerpräsidenten oder des Verteidigungsministers anführen (Antall erklärte er sei "spirituell" der Ministerpräsident von 15 Millionen Ungarn; der Verteidigungsminister deutete an, daß die Minderheitenfrage ein Element der ungarischen Sicherheitspolitik sein könnte), aber diese Äußerungen sind alle als unwichtig abgetan oder zurückgewiesen worden. Ein ehemaliges führendes Mitglied der stärksten Regierungspartei (MDF), István Csúrka, hat verschiedentlich polemische Äußerungen über einen "ungarischen Lebensraum" gemacht, worauf er aus seiner Partei ausgeschlossen wurde. Die Unterzeichnung des ukrainisch-ungarischen Vertrags hat in den Hauptquartieren einiger Parteien der Regierungskoalition (z.B. bei der MDF selbst oder einer der kleineren Parteien) wütende Verwünschungen ausgelöst, wobei die Regierung des Verrats bezichtigt wurde.

vom Parlament mit überwältigender Mehrheit gebilligt.¹ Die ebenfalls von einer großen Mehrheit angenommenen und vom gesamten politischen Spektrum unterstützten sicherheitspolitischen Prinzipien verdeutlichen, daß Ungarn nicht von der Existenz originärer Feinde ausgeht, die Frage der ethnischen Minderheiten durch weitgefächerte internationale Zusammenarbeit zu regeln sucht und alle gewaltsamen Grenzänderungen ablehnt.² Wie auch ausländische Beobachter bestätigen, kann Ungarn, nachdem die extremistischen Kräfte an den Rand gedrängt sind (etwa durch die Niederlage Csurkas und seiner Anhänger), hinsichtlich der Frage der Minderheiten nicht mehr in ein falsches Licht gestellt werden.³ Auch die Öffentlichkeit scheint sich von extremistischen Positionen in der Minderheiten- oder der Grenzfrage nicht verführen zu lassen.⁴ Wie Beobachter feststellen, ist die Öffentlichkeit ohnehin eindeutig für Mäßigung und daher gegen jede Art von Extremismus.⁵

Jedenfalls gibt es kein nennenswertes öffentliches Drängen auf Selbstbehauptung Ungarns gegenüber irgendeinem seiner Nachbarländer. Ungarisches Selbstbewußtsein äußert sich sowohl für die Elite als auch für die Öffentlichkeit darin, daß man zu "Europa" gehört, d.h. daß man Teil des europäischen Integrationsprozesses und des atlantischen Raumes ist.⁶ Man kann also sagen, daß die ungarische Außen- und Sicherheitspolitik zwar von der doppelten Aufgabe angetrieben wird, einerseits die Situation der Minderheiten regeln zu helfen und andererseits die Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu verbessern und zu "normalisieren", daß aber die Koordinierung dieser zwei Aufgaben von dem Wunsch beherrscht wird, zu Europa und zum atlantischen Raum zu gehören.⁷ Ungarn setzt sich sehr dafür ein, daß die Frage der Minderheiten internationalisiert wird, etwa durch die verschiedenen Foren der KSZE, den Europarat, die Mitteleuropäische Initiative, ein Netz bilateraler Vereinbarungen über Minderheitenschutz und das Vorantreiben europäischer Normen für Minderheitenschutz.⁸ Die ungarischen Erwartungen hinsichtlich der Rolle europäischer Institutionen bei der Regelung von Problemen der politischen Sicherheit beschränken sich nicht allein auf die Minderheitenfrage. Ein weiterer solcher Fall sind die Anrufung des Internationalen Gerichtshofs und die Bitte um EG-Vermittlung in der Frage des Donau-Staudamms. Ungarn hat im Zusammenhang mit

¹ 223 Stimmen dafür, 39 dagegen bei 17 Enthaltungen. "Népszabadsag", 12.5.1993.

² Die sicherheitspolitischen Prinzipien wurden mit 205 Stimmen bei einer einzigen Gegenstimme angenommen.

³ Charles Gati, "Magyar Nemzet", 12.6.1993.

⁴ George Schopflin, Hungary and its Neighbors, Chaillot Papers (7), Institute for Security Studies, WEU, Mai 1993.

⁵ László Lengyel über die kommenden Wahlen und was dabei auf dem Spiel steht, in: "Népszabadsag", 6.3. 1993.

⁶ Eine kürzlich durchgeführte Meinungsumfrage besagt, daß 74% der Bevölkerung der Meinung sind, eine ungarische NATO-Mitgliedschaft würde die Sicherheitslage des Landes verbessern, "Pesti Hírlap", 12.6. 1993. Ebenso zeigte sich auf dem X. Workshop der NATO in Budapest, daß die ost- und mitteleuropäischen Länder, einschließlich Ungarn, in einer NATO- und EG-Mitgliedschaft den besten Weg zur Verbesserung ihrer Sicherheitslage sehen würden, "Magyar Nemzet", 12.6.1993. Ebenso besteht ein breiter Konsens zwischen den Parlamentsparteien hinsichtlich der ungarischen Bestrebungen, der EG beizutreten. Selbst die oppositionelle Allianz Junger Demokraten und die Allianz der Freien Demokraten sind der Meinung, daß sich die Demokratie so weit stabilisiert und konsolidiert hat, daß dieses Bestrebenn sich dem europäischen Integrationsprozeß anschließen, fort dauern wird, gleich welche Regierung an die Macht kommt oder welche Mehrheitsverhältnisse im Parlament entstehen. "168 Ora", 16.6.1993.

⁷ "Magyar Nemzet", 16.1.1993.

⁸ So legte Ungarn kein Veto gegen die slowakische Mitgliedschaft im Europarat ein, da es darauf vertraute, daß diese internationale Organisation bereit ist, Verantwortung für die Lage der ungarischen Minderheit in diesem Land zu übernehmen. So der ungarische Botschafter sowie die Erklärung des Außenministeriums, laut "Népszabadsag", 1.7.1993.

der Krise im ehemaligen Jugoslawien mehrfach Initiativen in der KSZE ergriffen und die EG aufgefordert, in verschiedene Regionen, z.B. an die Grenze zwischen Ungarn und dem ehemaligen Jugoslawien, Beobachter zu entsenden.¹ Gleichzeitig wollen ungarische Experten und Beobachter Anzeichen dafür erkannt haben, daß es sich bei manchen der von den Nachbarstaaten (insbesondere Slowakei und Rumänien) unternommenen Schritte um Versuche handeln könnte, eine ungarische EG-Mitgliedschaft zu verzögern oder zu verhindern.²

Wirtschaftliche Sicherheit

Wirtschaftliche Sicherheit ist sowohl für die Regierung als auch für die breite Öffentlichkeit ein wichtiges Problem. Wie der Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen sagte, gibt es keine Sicherheit ohne politische Stabilität, keine politische Stabilität ohne soziale Stabilität, keine soziale Stabilität ohne einen angemessenen Beschäftigungsgrad, keinen angemessenen Beschäftigungsgrad ohne Wirtschaftswachstum und kein Wachstum ohne Märkte und Ressourcen.³ Daher schenkt Ungarn seinen Beziehungen zur EG große Beachtung. In der Zugehörigkeit zur EG wird das Kriterium gesehen, das entscheidet, ob man einer wirtschaftlich und politisch instabilen oder stabilen Region angehört. Wirtschaftliche Stabilität oder gar ein geringfügiger Aufschwung und Wohlstand in Ungarn könnte sich auch stabilisierend auf die kleinere ungarische Region auswirken. Daher nimmt Ungarn argwöhnisch jeden Schritt der EG wahr, der als Versuch aufgefaßt werden kann, eine ungarische EG-Mitgliedschaft hinauszuzögern. Die Tendenz in der EG, zwischen den assoziierten Ländern Ost- und Mitteleuropas nicht zu differenzieren (wie in Kopenhagen noch einmal bestätigt), wird gewöhnlich als ein solcher Schritt angesehen.

Die Sicherheitsperzeptionen vor dem Hintergrund innenpolitischer Veränderungen

In der Außenpolitik der sozialistischen Regierung Horn blieb Kontinuität gewahrt: Die Sicherheitsperzeptionen ihrer konservativen Vorgängerin blieben zusammen mit den daraus resultierenden politischen Zielen ohne wesentliche Änderungen bestehen. An die unverändert angestrebte Verbesserung der Situation der im Ausland lebenden Ungarn will Horn allerdings mit anderen, sanfteren Methoden herangehen. Der Ministerpräsident und sein Außenminister Kovács gehen dabei von einem umgekehrten Ursache-Wirkung-Verhältnis aus. Während früher die Verbesserung der Minderheitensituation als Voraussetzung für die Entspannung der Beziehungen zu dem jeweiligen Land galt, wird das Problem nunmehr umgekehrt gesehen und behandelt. Von einem pragmatischen Ansatz ausgehend, eröffnete Horn gleich nach seinem Amtsantritt eine diplomatische Offensive gegenüber der Slowakei und Rumänien. Auf dem Verhandlungsprogramm stehen Grundlagenverträge, in denen Ungarn die Grenzen seiner Nachbarn als unverletzlich anerkennen will und dafür Zugeständnisse hinsichtlich von Kollektiv- und Autonomierechten für die im Ausland lebenden Ungarn erhofft. Die Frage soll auch keine so zentrale Bedeutung für die übrigen Bereiche der zwischenstaatlichen Beziehungen haben. Allerdings werden die 1994 recht erfolgreich angelaufenen Verhandlungen inzwischen durch ungünstige innenpolitische Entwicklungen in den Nachbarländern problematisch. Vor allem der Wahlsieg Mečiar in der Slowakei im Herbst 1994 hat die wechselseitigen Beziehungen erschwert. Besonders große Schwierigkeiten ergeben sich aufgrund

¹ Eine Liste der ungarischen Initiativen im Europarat und in der KSZE, in: "Kapu", Januar 1993.

² Vgl. den in Anm. 27 genannten Experten des Verteidigungsministeriums.

³ Bela Kádár, in: "Magyar Hirlap", 3.4.1993.

der innenpolitischen Situation Serbiens, die Fortschritte in der von Ungarn gewünschten Richtung unmöglich macht.

Die Einbindung in NATO und EU wird nach wie vor als die beste Garantie für wirtschaftliche, politische und militärische Sicherheit Ungarns betrachtet. Bedrohliche Tendenzen in der russischen Innenpolitik, wie sie sich beispielsweise durch den Wahlerfolg Shirinowskis im Dezember 1993 abzeichneten, haben diese Tendenz sogar noch verstärkt. Ungarn begrüßte die "Partnerschaft für den Frieden" als ersten Schritt in Richtung einer künftigen Vollmitgliedschaft in der NATO. Zugleich hält Budapest weiterhin - und sogar noch verstärkt - an der Ansicht fest, Rußland müsse in die europäischen Sicherheitsarrangements integriert werden. Nur so lasse sich die Stabilität des osteuropäischen Raums sichern.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Sicherheitslage in Ungarn nicht als bedrohlich wahrgenommen wird. Die militärischen Aspekte der Sicherheit spielen heute in den Sicherheitsperzeptionen eine geringere Rolle, während die politischen und besonders die wirtschaftlichen Aspekte erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Gleichzeitig sind Regierung und Opposition, Elite und breite Öffentlichkeit, stark daran interessiert, Ungarns Sicherheitslage durch Anschluß an den europäischen Integrationsprozeß und an den atlantischen Raum zu verbessern. Auch läßt sich, was die Sicherheitsperzeptionen angeht, ein ziemlich weitgehender Konsens zwischen den hauptsächlichen politischen Parteien Ungarns ausmachen. Dafür spricht auch die parlamentarische Billigung der sicherheitspolitischen Prinzipien und der Prinzipien der nationalen Verteidigung. Zwar ist die Verabschiedung des neuen Verteidigungsgesetzes aufgeschoben worden, aber das liegt nicht in irgendwelchen größeren Differenzen in den Sicherheitsperzeptionen begründet.¹ Daher dürfte ein Regierungswechsel keine größeren Veränderungen in den Sicherheitsperzeptionen nach sich ziehen.

¹ Grund für die Verzögerungen sind hauptsächlich die Debatten über den Umfang der Armee, die Struktur und Unterstellung der Grenztruppen, die Regelung der Verhängung des Staatsnotstands und die Befehlsgewalt und Unterstellung der Armee. Zwischen den Oppositionsparteien zeichnet sich eine Arbeitsteilung ab, wobei die Jungen Demokraten sich hauptsächlich auf Fragen der Finanzierung (d.h. die Armee würde die Möglichkeiten des Staatshaushalts überfordern) und der Menschenrechte konzentrieren und die Allianz der freien Demokraten und die Sozialistische Partei auf Fragen der Befehlsgewalt und der Kontrolle über die Armee. Hintergrund dieser Debatten dürften zumindest bis zu einem gewissen Grad Gedanken über die Fähigkeit der Regierung sein, die Streitkräfte zu innenpolitischen Zwecken einzusetzen.

Gerhard Wettig (Ed.)

Conceptions of Security and Threat in East Central Europe

Sonderveröffentlichung des BIOst 1995

Summary

Introductory Observations

The present special-topic compendium deals with conceptions of security and threat in the states of East Central Europe, i.e. in a belt stretching from Estonia in the north to Hungary and Slovenia in the south. A similar study will be published on the countries of South-East Europe, to be followed by a third one on the three eastern Slavic states. The study is based on a concept of security that goes beyond military issues and thus also takes into account general political, social, economic, ecological and similar aspects. It attempts to reflect the perceptions not only of the established governments in the various countries but also of other political forces to the extent that they exercise political influence. The compendium takes the form of country-by-country studies, arranged in alphabetical order, each penned by one or more experts on the specific country.

Findings

- 1. The conceptions of security and threat in the countries of the East Central European region exhibit a high degree of similarity. In all the countries of the region, close links with the Western group of states - especially in the form of membership of NATO and the EU - is seen as the essential prerequisite for domestic and foreign-policy stabilization. In all the states examined, with the exception of Slovenia, the uncertainties surrounding the future course of development in Russia are viewed with close attention and frequently with concern.*
- 2. In all countries of East Central Europe, a high level of consensus on national security is noticeable among the various political groups. This makes a degree of continuity possible even in those countries in which the forces which brought about the anti-communist upheaval have had to yield power to post-communist or populist parties, as has been the case in Lithuania, Poland and Hungary and in Slovakia.*
- 3. The most highly exposed geopolitical position in East Central Europe is that of the Baltic states. They are not in a position to defend their territories - at least not by their own efforts alone - and the Estonians, Latvians and Lithuanians continue to have serious doubts about Russia's willingness to renounce once and for all its claim to the former Baltic provinces of the Czarist empire.*

4. *The two northernmost countries of the Baltic region fear for their security in the light of alarmingly large Russian minorities within their territories, whose willingness to become integrated into their new national environment is considered doubtful. This perception of threat is exacerbated by Russia having proclaimed itself the advocate of these minorities, thus de facto asserting a right to intervene in the internal affairs of these countries.*
5. *Both Lithuania and Poland view the Russian exclave of Kaliningrad/Königsberg as a serious handicap to their security. Both countries see the special status of the exclave as a geostrategically threatening military position, especially since the concentration of Russian armed forces in the territory has been increasing recently. Lithuania is confronted with the further problem of Russian demands for more extensive military transit rights.*
6. *Warsaw is particularly aware of the special importance for East Central Europe accruing to the emergence of the Ukraine as an independent state following the collapse of the USSR. This gives the region a forefield to the east which significantly extends its geographic depth and its resource basis. However, there are concerns that the Ukraine, like Belarus, could once again come under Moscow's control. All the same, Poland felt unable to assent to a proposal made by Kiev to set up a political axis stretching from the Black Sea to the Baltic.*
7. *The Czech Republic feels that, on the whole, its position has been improved by the secession of Slovakia. Although the weight of the new Czech state has dwindled in terms of population and territory, it has at the same time been relieved of an exposed position in the zone of contact with Polish, Hungarian and Ukrainian territories and of an economically problematic industrial region. Prague now believes it is by far the best qualified of any country in the entire region to claim membership of NATO and the EU. It intends to exploit this advantage without allowing itself to be handicapped by giving consideration to the needs or interests of other countries of East Central Europe.*
8. *More than any other country in the region, Slovakia is at pains to supplement its quest for membership of NATO and the EU by deliberately cultivating good relations with Russia. Less pronounced is the willingness of the Meciar government, now returned to power following a short interregnum, to improve the country's relationship with Hungary, which have been strained by the situation of the large Hungarian minority in the south of the country. Under its Antall and Boross governments, Hungary concentrated its hopes on being able to quickly establish close and firm links with the West, in order to be in a better position to settle the problems of the Hungarian minorities in neighbouring countries. Since Horn's coming to power, Hungary has also started to intensify its efforts to seek solutions to these problems in bilateral negotiations. However, these talks have been hampered by serious difficulties arising on the part of the other parties involved.*
9. *Both Hungary and, even more so, Slovenia find themselves confronted directly by problems, risks and uncertainties in connection with the aggressive Serb expansion drive in the former Yugoslavia. They are attempting to cope with this situation by adopting a keep-out strategy.*

10. *Ljubljana believes that its relative political stability and modest economic prosperity entitles it to the same right as other East Central European countries at least to membership of the EU. However, after an attempt by Foreign Minister Peterle, since resigned, to settle a number of disputes with Italy was thwarted by resistance on the part of the Slovenian parliament, Rome is likely to raise objections to the Slovenian plans.*